

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 16 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Einzelgebühren betragen für die achtspaltige Postzeitung oder deren Raum 4,00 Mk., Verammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,00 Mk., Reklamen 16,00 Mk. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübener Volksbote

Nummer 99.

Freitag, den 28. April 1922.

29. Jahrgang.

## Eine Warnungsrede Lloyd Georges.

Genua, 27. April.

Auf einem von englischen und amerikanischen Pressevertretern zu Ehren Lloyd Georges gegebenen Diner hat der englische Premierminister eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte:

„Als der Krieg zu Ende war, hofften wir, daß dies auch das Ende der Herrschaft der rohen Gewalt bedeuten würde. Ob diese Hoffnung sich erfüllt hat, hängt in hohem Maße von dieser Konferenz ab. Die Schwierigkeiten in Europa bestehen darin, daß es zu viel ungelöste Fragen gibt. Jede dieser Fragen enthält die Vorbedingung für einen europäischen Brand. Einige Leute sind ungeduldig, weil wir nicht in zwei Wochen zu einer Lösung gelangt sind. Es wird noch länger dauern. Die Washingtoner Konferenz dauerte drei Monate, aber sie erreichte ihr Ziel. Sogar sechs Monate oder ein Jahr werden nicht zu viel sein, um das ungelöste zu erreichen. Ich will nicht sagen, daß wir drei Monate oder ein Jahr hier bleiben werden, aber wir dürfen nicht hoffen, alle Schwierigkeiten binnen zwei, drei oder vier Wochen zu überwinden. Wir müssen Geduld haben; denn große Probleme liegen vor. Die ganze Grenze von Osteuropa ist so gut wie ungelöst. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gibt es keine Grenzlinie, um die kein Streit geht, und jede dieser Linien enthält in sich die Möglichkeit eines fürchterlichen Konfliktes. Inwiefern liegt die Schuld bei keinem Volke, sondern in dem fürchterlichen Durcheinander von Rassen, das in Mitteleuropa besteht. Es gibt unendliche Möglichkeiten für Konflikte, und ob Amerika will oder nicht, es würde hineingezogen werden, wie in den hinter uns liegenden Weltkriegen. Hiermit sind die Schwierigkeiten nicht erschöpft. Deutschland und Rußland sind im Zustande des halben Antagonismus gegenüber dem Rest von Europa, und, offen gesagt, nur ein Blinder kann sich einbilden, daß irgendeine Kombination zweier großer Völker, die zwei Drittel von Europa repräsentieren, niedergehalten werden kann.“

Die Völker Europas müssen in guten Beziehungen zueinander stehen. Man muß ihnen klarmachen, was es heißt, wenn Europa künftig in zwei feindliche Lager zerfallen würde. Das deutsch-russische Abkommen war für manche Leute eine Offenbarung. Ich habe es vor langer Zeit gewagt, meine warnende Stimme zu erheben und zu sagen, was unvermeidlich geschehen müßte, wenn es kein gutes Einvernehmen gibt. Es ist ohne Zweifel die Möglichkeit eines hungerleidenden Aufstandes gegeben, das von einem zornigen Deutschland ausgerichtet werden würde. Wie lange wird es noch dauern, bis Europa verwischt wird, wenn dies ständig die Politik irgend einer europäischen Kombination bildet. Im Augenblick gehören wir zu der beherrschenden Gruppe von Siegern. Dies wird nicht lange dauern, wenn unser Sieg in Unterdrückung ausartet. Wenn wir nach dem Gefühl der Menschheit unsern Sieg mißbraucht haben, wird die Strafe unvermeidlich folgen. Wir müssen gerecht und fair sein. Wir müssen uns in der Stunde unseres Triumphes beschränken, sonst wird Europa ein Chaos sein, und zwar noch zu Lebzeiten von Leuten, die, wie ich, graue Haare tragen. Darum habe ich schwer gearbeitet, um die Konferenz zu einem Erfolge zu gestalten. Ich bin erschrocken über das Sturm- und Wetter, das sich am Horizont zusammenzieht und am europäischen Himmel höher und höher steigt. Es wird unvermeidlich ausbrechen, wenn nicht mit irgend einem Mittel die Atmosphäre gelindert wird. Wenn Genua erfolglos bleibt, wird meine Warnung sich als berechtigt erweisen. Ich bin erkannt über die Leute, die das nicht begreifen und angesichts der schwersten Sturmzeiten sich mit selbstthätigen Ertrialitäten befassen. Darum möchte ich daß Genua mit einem wirklichen Friedenstag endet. Ohne das wird es trotz aller Teilgebühren ein Mißerfolg sein. Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, dies vor der britischen und amerikanischen Presse zu sagen. Ich wollte, Amerika selbst wäre hier, nicht aus selbstthätigen Motiven, sondern weil Amerika eine besondere Autorität besitzt. Seine Kräftegehrigkeit zu Europa würde ihm das Recht geben, das zu sagen, was uns, die wir alle in diese alten Streitfragen verwickelt sind, kaum möglich ist. Es ist zu spät, diesen Aufzug jetzt zu verlassen. Amerika ist nicht hier; Europa muß sein Möglichstes tun, um seine Probleme auf eigene Art gut zu lösen. Das kann mit Ihrer Hilfe geschehen. Sie können die öffentliche Meinung erregen, die Leidenschaften aufstacheln und die Menschheit zornig machen. In solcher Atmosphäre ist kein Friede möglich. Aber auf der anderen Seite können sie Geduld, Vergebung und Kameradschaftliches Geist predigen, und wenn sie das tun, werden sie Teilhaber an einer großen historischen Tat werden.“

### Anrufung des Obersten Rates?

Paris, 27. April.

Zu dem Gerücht, Lloyd George habe die Absicht, die Einberufung des Obersten Rates zu beantragen, am 27. April den deutschen Vorkriegsvertrag von Rapallo aufgeworfenen Fragen zu be-

sprechen, erklärt Savas, daß man am Quai d'Orsay noch keine Bestätigung der Nachricht habe. Man war jedoch der Ansicht, daß der französische Ministerpräsident, wenn der englische Premierminister die Initiative zu diesem Schritt ergreife, die Einberufung nur unter einer der folgenden Bedingungen zugeben könne: Entweder müßte die Zusammenkunft in Genua stattfinden, und zwar frühestens am 7. oder 8. Mai, da Poincaré erst nach der Rückkehr des Präsidenten der Republik daran teilnehmen könnte, oder die Zusammenkunft müßte, falls sie früher oder später stattfinden sollte, in Paris abgehalten werden. Diese Bedingungen bedeuten keineswegs, heißt es in der Havasmeldung weiter, daß das Haupt der Regierung beabsichtigt, die Möglichkeit einer demnächstigen Sitzung des Obersten Rates auszuschalten; es ist sogar wahrscheinlich, daß, sollte sich die Gelegenheit bieten, Poincaré sie benutzen wird, um den Ministern verschiedene Fragen vorzulegen über die zukünftige Haltung und über die Herausforderungen Deutschlands (1) gegenüber dem Vertrag von Versailles. Der deutsch-russische Vertrag würde daher vielleicht nicht allein zur Debatte stehen, andere Vertragsverletzungen könnten sehr wohl auch wieder wahrgenommen werden.

### Der französische Ministerrat über die Konferenz der Signatarmächte.

Paris, 28. April.

Der Ministerrat hat gestern vormittag in einer Sitzung über den Vorschlag Lloyd Georges beraten. Zu einer Konferenz des Obersten Rates oder, wie eine andere Darstellung heißt, zu einer Konferenz aller Signatarmächte des Versailles-Vertrages, also auch Deutschlands, nach Genua zu kommen. Der Ministerrat konnte sich in der Vormittagssitzung nicht darüber einig werden, ob Poincaré sich damit einverstanden erklären sollte, in Genua gemeinsam mit den Ministern über die etwa am 31. Mai zu erreichenden Sanktionen und über die Widersprüche zu diskutieren, die sich amischen dem Vertrag von Rapallo und dem Versailles-Vertrag ergeben sollten. Bis jetzt trennen die französischen Forderungen einstimmig nur von einem Obersten Rat, nicht von einer Konferenz der Versailles-Signatarmächte. Auch unter dieser Formel wird dem Gedanken Lloyd Georges Obstruktion gemacht.

### Der „aufrechte“ Poincaré.

Paris, 28. April.

Poincaré erklärte nach Schluß der zweiten Sitzung des gestrigen Ministerrats, daß er nicht daran denke, nach Genua zu gehen. Was die Wiederherstellungsfrage anbelangt, so werde er sich an keinerlei Diskussion über sie vor dem 31. Mai einlassen.

### Millerand unterstützt Poincaré.

Präsident Millerand hat bei seinem Abschied vom afrikanischen Boden in Ägypten noch eine Rede gehalten, die im wesentlichen sein Einverständnis mit Poincaré bekräftigte. Nachdem er die Erklärung abgegeben, daß das Deutschland, das die Verpflichtungen hinsichtlich der Reparation und der Entwaffnung erfüllt, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich wieder aufnehmen könne, sprach Millerand in ähnlichem Sinne von der Sowjetregierung. Er führte dann aber weiter aus, indem er auf das Abkommen von Rapallo hinwies, man habe an Welt-Litonsk erinnert: „Die abschließenden Parteien sind dieselben. Ihre Absichten änderten sich ohne Zweifel auch nicht, aber der Sieg ist nicht mehr für sie zu erreichen. Die Ministern, für die Welt-Litonsk eine fürchterliche Bedrohung bedeutete, haben in dem Abkommen von Rapallo eine Warnung erdaut, die vielleicht nicht ganz ohne Nutzen gewesen ist. Die Ministern sind sich einig und werden es zu bleiben verstehen, um angesichts dieser Warnung alles zu befehlen, was die Bestimmungen des Versailles-Vertrages verletzt. Ihr Einverständnis wird bekräftigt durch die freie Mithilfe der während des Krieges neutral gebliebenen Völker; es wird fortbestehen, um das Werk des Friedens zu einem guten Ende zu führen. Frankreich wird nach wie vor mit seiner Intelligenz und seinem ganzen Herzen daran mitarbeiten, ohne einen anderen Hintergedanken als den, zusammen mit seinen eigenen Interessen diejenigen ganz Europas sicherzustellen. Ich persönlich zweifle nicht an unserm endgültigen Erfolg.“

### Börse.

SP. Berlin, 27. April.

Die Börse, die sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, daß die Konferenz von Genua ohne besondere Ergebnisse im Sande verlaufen würde, wurde durch die Nachricht von der Einberufung des Obersten Rates erneut beunruhigt. Am Devisenmarkt machten sich starke Schwankungen bemerkbar. Der Dollar pendelte zwischen 275 und 283. Um die Mittagsstunde wurde er mit 280 gehandelt. Am Effektenmarkt zeigte sich eine gewisse Abwägung der Unternehmungskraft. Die Rückgänge waren indes nicht bedeutend. Kabel New York 282, London 1250, Holland 10775

## Der Schacher um die Brotversorgung.

Die letzte Konferenz der deutschen Ernährungsminister hatte einhellig die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Getreideumlage festgestellt.

Alle, die mit Grauen die Profitsucht der Agrarier bei der Freigabe der Kartoffeln beobachtet haben, werden über die Absicht, die Getreideumlage aufrechtzuerhalten oder vielleicht sogar zu erhöhen, eine gewisse Befriedigung darüber empfunden haben. Konnte man doch jetzt damit rechnen, daß wenigstens die Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr zu erträglichen Preisen gesichert erscheint. Wer glaubte, daß die Regierung so kurzfristig und die Landwirtschaft und der Handel so raffigierig sein könnten, die Aufhebung der Umlage zu fordern? Die miserable Kartoffelversorgung im vergangenen Herbst, verbunden mit der rückwärtschreitenden Preistreibererei, war ja noch in aller Erinnerung. Die Kartoffeln kosteten das 100fache des Friedenspreises, während der Arbeiter durchschnittlich nur das 30fache des Friedenslohnes verdient. Das Bestreben der Agrarier, mit allen Produkten an die Weltmarktpreise zu kommen, ist eine verwerfliche, ja verbrecherische Methode, weil die Gesteuerungskosten in keinem Falle diesen Preisen entsprechen. Um so weniger hatte die Landwirtschaft Ursache, die Weltmarktpreise für sich in Anspruch zu nehmen. Dennoch erscheinen fortgesetzt die Forderungen der Landwirte und der ihnen nachstehenden Händler in der bürgerlichen Presse aller Schattierungen. Immer sind es Produzenten- und Händlerinteressen, die geltend gemacht werden. Auf die Masse der Verbraucher, die von ihrem fargen Lohn und Gehalt den notwendigen Lebensbedarf für sich und ihre Familie täglich erwerben müssen, wird nie Rücksicht genommen. Deshalb muß es gerade aufreizend wirken, wenn in der Nr. 16 vom 21. April der „Landesproduktions-Zeitung“ ein Artikel, überschrieben „Die zukünftige Getreide- und Futtermittelbewirtschaftung“, in der Einleitung sagt:

„Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plan, unter allen Umständen die Getreideumlage als die einzig in Betracht kommende Wirtschaftsform für die Getreidebewirtschaftung anzusehen, abgekommen, da die Landwirtschaft geschlossen gegen die Getreideumlage Stellung nahm. Jedoch will die Regierung nur dann auf eine erneute Getreideumlage verzichten, wenn anderweitig Mittel und Wege im Verlaufe der Verhandlungen gefunden werden, die die Sicherstellung eines bestimmten Getreidevorrats — man spricht von anderthalb Millionen Tonnen — ermöglichen. Im Reichsernährungsministerium wird nicht so sehr viel Wert auf die Beibehaltung der Umlage gelegt, als vielmehr darauf, eine Möglichkeit zur Stabilisierung und Verbilligung des Brotpreises zu erhalten.“

Sind diese Zeilen zutreffend, dann ist es höchste Zeit, daß die organisierte Arbeiter- und Beamtenchaft im Lande aufwacht und Abwehrmaßnahmen trifft. Freie Wirtschaft — freie Ausbeutung der Konsumenten ist die Parole dieser Interessenten. Ich bin kein unbedingter Anhänger der Zwangswirtschaft, die sich bei nebenständlichen Artikeln kaum durchführen läßt. Aber bei der Bedeutung, die die Brotversorgung für das Gesamtwohl des deutschen Volkes hat, muß diese Sicherung der Ernährung erhalten werden. Ziska vier Millionen Tonnen Brotgetreide müssen mindestens eingeführt werden. Wenn das Ausland erst weiß, daß die Regierung nicht durch Reserven gedeckt ist, welche Preise werden dann von uns gefordert werden! Und die einheimischen Landwirte? Bieten sie uns dann das Getreide etwa zu niedrigen Preisen an? Sie verlangen ja schon jetzt den Weltmarktpreis plus Fracht.

Im gleichen Artikel wird behauptet, daß die Aufhebung der Umlage verbilligend auf den Getreidemarkt wirken wird. Gleichzeitig soll die Getreideproduktion durch die freie Wirtschaft steigen. Aus welcher Ursache heraus denn? Doch nur, weil man mit viel höheren Preisen bei freier Wirtschaft rechnet. Das wichtigste aber ist die Versorgung überhaupt. Bei der zentralen Regelung und der Vorratswirtschaft der Reichsgetreidestelle war die Versorgung mit Brotgetreide gesichert. Die Reichsgetreidestelle hat oft „schweres Geschick“ auffahren müssen, um das nötige Getreide zu erhalten. Man denke an Stelle der Reichsgetreidestelle den freien Handel und das Mühlenkapital und im Hintergrunde die Agrarier, dann bekommt man das richtige Bild von den Zuständen, wie sie sich bei der Aufhebung der Getreideumlage sicher entwickeln werden. In diesem Punkte kann es für die Regierung wie für die Volksvertreter im Parlament nur eine Parole geben: An der Getreideumlage darf unter keinen Umständen gerüttelt werden.

# Das Russenmemorandum.

II. Genua, 28. April.

In der heutigen Sitzung der ersten politischen Kommission soll den Russen ein Memorandum übergeben werden. Das Memorandum enthält im ersten Teil eine Zurückweisung der russischen Forderungen, der zweite Teil eine Ankündigung der russischen Forderungen in noch nicht bekannter Höhe, aber nicht an die Moskauer Regierung, sondern an die russischen Genossenschaften. Das Memorandum stellt kein Ultimatum dar, ist aber sehr bestimmt gehalten. In Vorkenntnis dieser Antwort der Allierten der Öffentlichkeit gestern die russische Delegation ein Kommuniqué. Es heißt darin: Rußland hegt nicht den geringsten Wunsch nach einem Bruch, muß aber das Prinzip seiner souveränen Rechte auf Gegenseitigkeit wahren.

Dem Sonderberichterstatter des „Temps“ in Genua erklärte Tschischerin: Ich bin nach Genua gekommen, nachdem ich bereits in Brüssel-Litwak war. Aber in Brüssel-Litwak lagen wir zu Boden und hatten keinerlei Mittel zum Kampf mehr, wir hätten das Messer an der Kehle, während das hier nicht mehr so ist.

Lloyd George hat mit Motta über die russische Frage gesprochen. Lloyd George erklärte, daß er trotz aller Schwierigkeiten ein gutes Zeichen darin sehe, daß die Russen in einigen Fragen nachgeben wollen.

## Der 10jährige „Burgfriede“.

### Kompromiß?

Zur Frage des von Lloyd George geplanten allgemeinen europäischen Burgfriedens wird berichtet, daß in Genua zurzeit zwei Pläne vorliegen. Der englische Plan sieht keine Sanktionen vor und enthält keine Angabe, wie lange der einzuführende Friedenszustand währen soll. Die italienischen Richtlinien bestimmen bei zehnjähriger Dauer des Burgfriedens die Anwendung von Sanktionen in solchen Fällen, in denen böswillige Nichterfüllung des Friedensvertrages festgestellt wurde. Das „Berliner Tageblatt“ meint, es würde eine Verkennung der politischen Situation bedeuten, wollte man die bedingte Zustimmung Italiens zur Anwendung von Sanktionen mißdeuten. Die Absicht Schanzers gehe offenbar dahin, ebenso wie die Lloyd Georges, durch ihre Vorschläge Frankreich von einem einseitigen Vorgehen abzuhalten. England und Italien erstreben also zur Durchführung des Burgfriedens anscheinend ein Kompromiß mit Frankreich.

„Petit Parisien“ meldet aus Genua, daß sich Lloyd George nach der gestrigen Unterredung mit Barthou und Benesch bereit erklärt habe, den Plan des europäischen Paktes umzuändern. Er wolle jetzt in dem Wortlaut, das den beiden einzigen Artikeln des Planes vorausgeht, nicht mehr von der Vorbereitung einer Entwaffnung sprechen, sondern den Ausdruck „Beschränkung der Bewaffnung“ unter Hinweis auf Artikel 8 des Völkerbundesstatuts gebrauchen. Außerdem soll in dem Abkommen erklärt werden, daß es nicht die Ausführung der Friedensverträge und die Aufrechterhaltung der internationalen Pflichten beschränke. Damit solle nicht nur gesagt sein, daß die bereits gegen Deutschland unternehmenen Sanktionen aufrechterhalten, sondern daß auch noch andere eventuell unternommen werden könnten, sei es auf Grund des Friedensvertrages von Versailles, sei es, um Deutschland Respekt vor den Entscheidungen des Obersten Rates aufzuzeigen. Ferner sei jetzt beschlossen worden, daß, wenn England seinerseits es für unmöglich halte, bestimmte Verantwortlichkeiten hinsichtlich einer Verletzung des Abkommens zu übernehmen, es andern Nationen freistehen sollte, besonders mit Sanktionen versehenen Abkommen zu treffen. Mit anderen Worten, der neue Entwurf sehe die Unterzeichnung eines Spezialpaktes unter den Alliierten des Kontinents vor.

## Der A.D.G.B. an Lenin.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an Lenin folgendes Telegramm gerichtet:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat lobend Kenntnis erhalten, daß die Verhafteten Sozialrevolutionäre angesichts des ihnen drohenden Todesurteils und ihrer Vollstreckung in den Hungerstreik eingetreten sind, um durch so ein verzweifeltes Mittel ein Gericht des werktätigen Volkes oder des sozialistischen Auslands zu erlangen.

Der Bundesvorstand erneuert seine Vorstellungen auf das dringendste und beschwört die Sowjetregierung, die Verhafteten vor ein neutrales Gericht zu stellen und eine Justizschmach zu vermeiden, die den Namen der Arbeiterklasse der ganzen Welt besudeln müßte.

## Massen-Ausperrungen in Großbritannien.

Die Bestrebungen des Schlichtungsausschusses mit dem Verhandlungsausschuss der 47 Verbände, ausgenommen der Maschinenbauer- und Metallarbeiterverbände, eine Einigung zu erzielen, um die Ausperrung zu verhindern, brachen zusammen. Die verlagte Ausperrung dieser 600 000 Arbeiter wird somit am Montag, 1. Mai, beginnen. 250 000 Mitglieder des Maschinenbauer- und Metallarbeiterverbandes sind bereits in der letzten Woche ausgeperrt. In der Schiffbauindustrie sind während der letzten Wochen 300 000 Arbeiter ausgeperrt, weil sie mit einer Lohnveränderung von 26 sh. 6 d. nicht einverstanden sind. Verhandlungen sind im Gange, doch ist wenig Hoffnung auf eine Regelung vorhanden.

## Generalfreist in Irland.

Von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends gab es am Montag für die Außenwelt keinen irischen Freistaat. Der 24stündige Generalfreistritt galt als Protest der irischen Gewerkschaften und der irischen Arbeiterpartei gegen die beiden einander sich bekämpfenden Gruppen der irischen Politik, also gegen die provisorische Regierung, an deren Spitze Collins steht, sowie gegen die Anhänger De Valeras, die sich mit der provisorischen Regierung nicht befreundet können und wollen. Wie auch anderswo, kann das irische Bürgertum keine dauernde Ordnung schaffen. So bleibt der irischen Arbeiterklasse nichts anderes übrig, als ihre politischen und wirtschaftlichen Kräfte zu sammeln, um befähigt zu sein, die Revolutionsbewegung der Verhältnisse zu befechtigen. Wie auch anderswo bei solchen Gelegenheiten, machten sich die Vertreter Moskaus bemerkbar. Sie bekräftigten die Häufigkeit Dublins mit Plakaten, auf denen zu lesen war, daß die irische Arbeiterrepublik errichtet worden sei. Um den Schwindel gleichgültig zu machen, mißbrauchte man die Namen bekannter irischer Arbeiterführer als Unterschrift für die Plakate. Die irische Arbeiterpartei ist des langen Habers müde und hat nur den einen Wunsch, sich ungestört ihrer proletarischen Aufgaben, die nur zu lange vernachlässigt wurden, zu widmen. Diese Dubliner Unruhen, die zu unzähligen Verurteilungen von Menschenleben führten, sind keine Kämpfe eines unterdrückten Volkes gegen ausländische Tyrannen, auch keine Klassenkämpfe.

sondern nur ein sinnloser Gebrauch von Bomben und Granaten, um politische Meinungsverschiedenheiten zu schlichten, die auf friedlichem Wege erfolgreicher geschlichtet werden können. Dieser brüdermörderische Kampf wird zu nichts anderem als zur britischen Militärdiktatur führen. Daher ist es zu begrüßen, daß sich jetzt die irische Arbeiterpartei aufrafft, um Ordnung und Frieden zu schaffen.

## Abermals ein Iren-General ermordet.

II. Dublin, den 27. April.

Der Bürgerkrieg in Irland nimmt außerordentlich heftige Formen an. Nach dem General „Abdullah“ wurde General Michel O'Neill, der Kommandeur der Brigade der republikanischen Armee, deren Hauptquartier in Cork ist, durch mehrere Kugeln getötet, als er zusammen mit einigen anderen Offizieren eine Durchsicherung einer Farm in der Umgebung von Bundon vornahm. Zwischen den regulären Truppen des neuen Freistaates und den republikanischen Rebellen hat gestern in der Umgebung von Lullingar das erste Gefecht stattgefunden. Die Situation ist außerordentlich gespannt infolge der Einberufung einer großen Versammlung zum nächsten Sonntag, in der De Valera das Wort ergreifen soll.

## Um das Beamtengelebe.

Berlin, 27. April.

Der Beamtenauschuss des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung des Beamtenratsgesetzes bei § 13 fort, der gegen die sozialistischen Stimmen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen wurde. Zur Ausübung der Wahlberechtigung ist danach notwendig, daß der Beamte dem Wahlkörper sechs Monate lang angehört. Bei § 15 wurde auf sozialdemokratischen Antrag hin beschlossen, daß die Wahlordnung vom Reichsminister des Innern unter Zustimmung des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses zu erlassen ist. Bei der Beratung des § 14, der die Gruppenwahl vorzieht, erklärte Genosse Steinkopf, daß die Gruppenwahl dem Paragraphen 5 und 7 widerspreche, die eine unmittelbare geheime Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorsehen. Er warnte dringend davor, die Beamtenchaft wieder in drei oder mehr Gruppen einteilen und wüßte die Streichung dieses Paragraphen. Wenn das nicht erreichbar sei und ein Hinweis auf die Berücksichtigung der einzelnen Gruppen bei der Zusammenlegung des Beamtensrates wünschenswert erscheine, so dürfe nicht vergessen werden, auch die Gruppen der zu den Beamtensräten wahlberechtigten Angestellten und Arbeiter zu berücksichtigen. Ein entsprechender Antrag wurde von Steinkopf eingebracht. Ministerialrat Daniels erklärte für die Reichsregierung, die Verhältniswahl genüge nicht, um den Minderheitenstand wirksam durchzuführen. Der Vertreter des Reichsrats v. Mühlstein legte den Standpunkt des Reichsrats klar, der die Gruppenwahl als unbedingt erforderlich erachtet. Dagegen wandte sich Abg. Hoffmann (USP). Der Demokrat Schuldt brachte einen Antrag ein, der die Beamtenchaft in drei Gruppen teilen und ihnen einen Vertreter im Beamtensrat sichern will, wenn in diesen zusammengeführten Gruppen mindestens drei Wahlberechtigte vorhanden sind. Abg. Alletto (Dem.) wünschte eine positivere Fassung des Antrags Steinkopfs, dem er dann zustimmen würde. Genosse Bender bezeichnete die Einführung der Gruppenwahl als eine Wiederholung des Ständewahlrechts. Sie sei nichts anderes als ein Ausnahmegelebe zugunsten der höheren Beamten bei der Elfenbahn- und Postverwaltung. Die sozialdemokratische Partei werde ihre Zustimmung zu dem Gelebe von der Gruppenwahl abhängig machen. Nachdem noch Abg. Debus (Dem.) erklärt hatte, daß die Gefahr einer Verfestigung der mittleren und höheren Beamten gar nicht bestehe, wurde, weil eine Klärung der Materie nicht herbeizuführen war, die Beratung über diesen Paragraphen zunächst abgebrochen. Bei § 16 wurde entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag beschlossen, daß die Mitgliedschaft als Beamtensrat oder das Amt eines Vertrauensmannes erlischt mit dem Verlust der Wählbarkeit, der Niederlegung oder Aberkennung des Mandats.

## Neuregelung der Versorgung der Kriegsopter.

Berlin, 27. April.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Donnerstag-Sitzung nach Erhöhung der Logegehälter für Dienstfreien der Beamten um rund 100 % mit der Neuregelung der Versorgung der Kriegsopter. Dazu hatte die Reichsregierung zwei Entwürfe vorgelegt, deren einer die Bestimmungen über die Einkommensgrenzen betraf, bei der eine Kriegsbeschädigten-Rente zu ruhen beginnt, und deren anderer Lenerrungsmassnahmen für Militär-Rentner betraf. Der Reichstag ging in einzelnen Punkten über die Regierungsvorlage hinaus und beschloß, die Grenze für das Ruhen der Rente von 3000 Mk. auf 5000 bzw. 11 000 Mark zu erhöhen. Die Regierung hatte 6000 Mark für einen Elternteil und 9000 Mk. für beide Eltern vorgeschlagen. Bei den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen soll in Zukunft bei einem Netto-Einkommen von 18 000 Mark ein Teil der Rente ruhen (bisher bei einem steuerbaren Einkommen von 7000 Mark). Entgegen dem Vorschlag der Regierung, daß für jede weitere laufende Mark Einkommen ein weiteres Fünftel der Rente ruhen sollte, beschloß der Reichstag, hier 2000 Mark einzulegen, jedoch in Zukunft bei einem leichten Kriegsbeschädigten die Rente bei mehr als 38 000 Mk. Einkommen völlig ruht. Bei Verheirateten erhöht sich dieser Betrag für die Frau um 2400 Mark und für jedes Kind um 3600 Mark jährlich. Bezüglich der Lenerrungsmassnahmen für die Militärrentner wurde im Durchschmitt eine Verbesserung der im Dezember festgesetzten Lenerrungssätze beschlossen, doch sollen Kriegsbeschädigte, die mehr als die jeweils geltenden Höchstätze der Erwerbslosen-Unterstützung neben der Rente an Einkommen haben, nur die Hälfte der Lenerrungssätze bekommen und diejenigen, die mehr als das Anderthalbfache dieser Höchstätze beziehen von der Lenerrungssätze ganz ausgeschlossen werden. Ein weitergehender Antrag des sozialdemokratischen Vertreters der Rheinprovinz wurde leider abgelehnt. Sodann bekräftigte sich der Reichstag mit dem Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Ausperrungsbestimmungen zum Umfahrgesetz. Der Entwurf wurde mit einer Änderung, der die Beschäftigungspflicht auf 120 000 Mark Umsatz festlegt, angenommen. Gemeinhin wurde jedoch in erster und zweiter Lesung noch der Regierungsentwurf eines Gesetzes über Wiedereinstieg und Wiedereinstiegsmittel. Der Entwurf regelt das Verfahren in Wiedereinstiegsmitteln völlig neu. Bei Wiedereinstiegsmitteln soll in Zukunft sofort das Amtsgericht anrufen werden. Als Berufungsmittel gilt die im ordentlichen Verfahren, das Landgericht. Der Entwurf wurde mit einer Änderung, die den Beamten des Reichsverhältnisses gestellt werden soll, in Zukunft nur möglich sein, wenn ein solches gestellt werden. Für die sozialistischen Streikenden aus dem Reichsverhältnis die des Wiedereinstiegsmittels verbleiben, soll ebenfalls eine Berufungsmittelgesetzgebung werden, deren Zusammenfassung die Landesgesetzgeber bestimmen. Ein Antrag, das Gesetz darauf zum Erlaß zu bringen, daß man es als Verfassungsergänzung annehmen sollte, scheiterte. Der Reichstag beschloß mit 35 gegen 28 Stimmen, daß er sich für die in der Regierungsvorlage vorgesehene

## Unhaltbares Urteil.

Das Oberlandesgericht in Stettin entschied am 28. Februar 1922 in einer Klage des deutschen Landarbeitersverbandes gegen den Pommerischen Landbund, daß weder dem Regierungspräsidenten als Demobilisierungskommissar, noch dem Reichsarbeitsminister das Recht zusteht, Schiedsprüche, die einen Tarifvertrag zum Inhalt haben, für verbindlich oder allgemein zu erklären. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind über dieses Urteil sehr erregt und treffen bereits alle Vorbereitungen, um die aus dem Urteil sich ergebende günstige Sachlage für sich auszunutzen und alle Schiedsprüche der Sonderlichlungsausschüsse für null und nichtig zu erklären. Dabei übersehen die Scharfmacher nur ein sehr wesentliches Moment. Am 7. März 1922 hatte nämlich das Reichsgericht in einer gleichen Sache zu entscheiden. Es teilte die Klage des Reichsarbeitsministers und erkannte ihm im wesentlichen Recht zu der Entscheidung des Oberlandesgerichts. Die Reichsregierung hat die Entscheidung des Reichsgerichts zum Inhalt ihrer Verhandlungen mit den Arbeitgebern allgemein zu erklären. Auf Grund dieses Urteils, das im wesentlichen Wortlaut weßt Beurteilung und Kommentar in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit und den Interessenten unterbreitet werden wird, besteht die Möglichkeit, das ablehrende Recht wieder zur vollen Entfaltung zu bringen. Der Landarbeiter-Verband wird, wenn es den Herren des Pommerischen Landbundes einfallen sollte, den Landarbeitern ihre Schiedsprüche, die ihnen auf Grund der Entscheidungen der Sonderlichlungsausschüsse zustehen, zu kürzen, das Strafverfahren einzuleiten.

## Der Prozeß um die Eisner-Dokumente.

SPD. München, 27. April. (Fig. Drahtber.)

Der Prozeß um die Eisner-Dokumente, der die Beleidigung des ehemaligen Sekretärs Kurt Eisners, Fischenbach, gegen die Münchener bürgerliche Presse. Der Prozeß beleuchtete schon in den ersten Stunden das Treiben der Münchener nationalsozialistischen Bewegung und ihre Methoden. Die Angeklagten alle nationalsozialistisch beeinflussten haben die „Süddeutschen Monatshefte“ und deren Verleger Crohmann herausgestellt. Von hier aus hat ein Schmutzartikel seinen Ausgang genommen, der seinen Weg in die Münchener und die gesamte deutsche Presse gefunden hat. Die hierdurch inspierten Artikel

forderten dann zum Mord an Eisner auf.

Anlaß zu der Veröffentlichung gab eine Artikelserie Eisners: „Aufwachen über den Ursprung des Krieges“, die im November 1918 an die bayerische „Staatszeitung“ gegeben wurde. Die Eisnersche Veröffentlichung wies bekanntlich einige Mängel auf, die Eisner seinem Sekretär gegenüber mit der Kammer der Presse begründete. Aus den Beschimpfungen Eisners und seines Sekretärs mögen folgende Sätze genannt werden:

„Eisner ist tot. Der junge Fischenbach läßt noch irgendwas in der Welt herum. Das Verbrechen der zwei Rätejuden war besahlte Arbeit im Interesse des Feindes. Für den Juden Fischenbach ist kein Golgen hoch genug, um diese Tat zu sühnen.“

Das Gericht hat sich nun die Aufgabe gestellt, zu prüfen, 1. ob eine Fälschung durch Fischenbach vorliegt, und ob diese nachteilig auf den Friedensschluß eingewirkt hat; 2. ob der Privatkläger die Fälschung begangen hat. Das Münchener Gericht entschließt sich also unter dem Druck der durch spaltenlange Presseartikel mobil gemachten Öffentlichkeit, die rein formale Beleidigungssache zu einem großen politischen Ereignis zu machen.

Der Sitzungssaal ist überfüllt von deutschen und ausländischen, schweizerischen und französischen Journalisten. Der Apparat, der hier von der besagten Münchener Presse in Bewegung gesetzt wurde, ist außerordentlich, doch ist der Prozeß eigentlich schon jetzt in der ersten Stunde formal entschieden. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ eine Blige über Eisners Sekretär leichtfertig in die Welt gesetzt hat.

Die Mittelsperson, von der Crohmann erfahren haben will, daß Fischenbach die Eisnersche Publikation in Täuschungsabsicht hergestellt und Eisner nur seine Unterschrift dazu gegeben habe, erklärte, nichts zu wissen. Die Frau Eisner, von der diese Mittelsperson das erfahren haben will, weiß ebenfalls nichts. Festgestellt ist bis jetzt nur eins: Eisners Sekretär hat die Publikation nach dem Diktat Eisners hergestellt. Er hat sogar den Ministerpräsidenten gefragt, ob nicht das veröffentlichte Material noch nachträglich der Presse übergeben werden solle. Der Vertreter des Anklägers stellt den Antrag, den ehemaligen Staatsrat im Ministerium des Innern, v. Löffel, zu vernehmen, um den Beweis zu erbringen, daß 1918 die betreffenden Akten aus dem Aktenfund des Ministeriums des Innern herausgenommen wurden.

ein System der doppelten Buchführung

(eine Aktenammlung für die Öffentlichkeit, die andere für den amtlichen Gebrauch) bestanden haben soll.

## Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher in Bayern.

München, 27. April.

Die gestern nachmittag von den Sozialdemokraten einberufenen Lenerrungsverhandlungen waren derart überfüllt, daß mehrere Parallelsitzungen abgehalten werden mußten. Ueberall wurde eine Entschlieung angenommen, die u. a. die sofortige Aufnahme der Pararbeiten für Einführung der organisierten Wirtschaft, die notwendigsten Lebensmittel im nächsten Versorgungsjahre fordert. Der bayerische Minister hat gestern wieder eine mehrstündige Beratung über die Lebensmittelfrage abgehalten. Im Anschluß daran wurden die Vertreter der Organisationen, der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher zu einer mehrstündigen Erörterung über die Lenerrung im Ministerium des Innern empfangen.

## Heftiges Erdbeben in Japan.

London, 27. April.

In Japan hat gestern morgen um 10 Uhr 15 Minuten ein außerordentlich heftiges Erdbeben stattgefunden, durch das Toluca schwer betroffen ist. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Die Zahl der Toten ist bedeutend, jedoch befindet sich kein Europäer darunter. Dem Erdbeben war ein Ausbruch des Vulkanes Atacamama vorausgegangen, der von außerordentlicher Stärke war. Das ganze Erdbeben war so heftig, daß die seismographischen Apparate sämtlich beschädigt wurden. Die Städte und Ortschaften sind unterbrochen, so daß keinerlei Nachrichten über den Umfang der Katastrophe vorliegen. Auch in Yokohama hat das Erdbeben großen Schaden angerichtet.

# Kavallerie gegen Sozialdemokratie.

Ein preussischer General verherrlicht Frankreich.

Die „Kreuzzeitung“ hat die nützliche Aufgabe, dem deutschen Volk zu zeigen, wie es in den Köpfen der Leute aussieht, die früher einmal Deutschland regierten. Sie erwirbt sich in dieser Richtung ein neues Verdienst, in dem sie jetzt mit dem Abdruck einer Artikelserie beginnt: „Die Sozialdemokratie und ihre Wirkungen im Völkerverleben. Vom General der Kavallerie Freiherrn v. Vietinghoff.“ Nachdem dieser General das übliche Lob der guten alten Zeit gesungen, fährt er fort:

Im schroffsten Gegensatz dazu steht die Sozialdemokratie. Arbeit und Hingabe des einzelnen an Staat und Vaterland kennt sie nicht. Für sie ist der Staat die Futterkrippe, um aus ihr möglichst viele materielle Vorteile für die Partei, noch mehr für den einzelnen zu ziehen.

So benützt ein Pensionär der Republik seine freie Zeit, um Tausende und aber Tausende seiner Volksgenossen, die Hingebungs voll für die Sache der Deutschen Republik arbeiten, zu beschimpfen. Der sehr national gesinnte Herr findet dann weiter, daß die Deutschen viel schlechter sind als die Franzosen, denn bei diesen findet die „sozialdemokratische Verhehung“ ihre Grenzen an der besten Eigenschaft der Franzosen, an deren brennendem Nationalgefühl. Weiter heißt es wörtlich:

Es ist in Frankreich unmöglich, daß im Interesse des Internationalismus der einzelne oder irgendeine Partei mit dem Landesfeind konspiziert. Zu Beginn der Kriege 1914 wurde Jaures ermordet. Dieser nationale Patriotismus, der in allen Franzosen lebt, hat das Volk bisher vor dem schlimmsten Folgen der sozialdemokratischen Lehren bewahrt.

Prachtvolle Leute, diese Franzosen! Sie haben Jaures ermordet! Aber tut nicht Herr v. Vietinghoff seinen „Deutschen“ unrecht? Haben sie das nationalpatriotische Mordgeschick nicht noch weit besser besorgt? Der General hält sich jedoch bei solchen Gedankengängen nicht auf, sondern geht dazu über, das soziale Leben in Frankreich und Deutschland zu schildern:

In blauer Bluse mit Holzschuhen in der Sonne zu sitzen und abends beim Glase Whisky im Wirtshaus und dabei zu politisieren und sich über die Wahl der Deputierten aufzuregen, sind die Genüsse des Lebens. Das sind nicht gerade hochgesteckte oder gar ehrgeizige, sondern mehr als bescheidene Lebensziele, aber es liegt ihnen ein gesunder Gedanke zugrunde, nämlich der, in der Jugend zu arbeiten, um im Alter ruhen zu können. Bei uns ist seit der Revolution das Gegenteil eingetreten. Die unreife Jugend verdient überhöhte Löhne, um sie ausnahmslos oft in liebedürftigster Weise zu vergeuden. In den Familien ist wachsende Not und die Alten darben, hungern und verhungern. Das war selber nicht so und ist auch ein Ergebnis sozialdemokratischer Lehren.

Von diesen Sozialdemokraten, die prassend und schwelgend ihre Eltern verhungern lassen, ist natürlich auch nichts anderes zu erwarten, als daß sie das Vaterland verraten. Sie haben — hier hört der General auf, originell zu sein — durch den Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres den Verlust des Krieges absichtlich herbeigeführt. Hunderttausende von Sozialdemokraten modern in den Massengräbern des Weltkrieges, Herr v. Vietinghoff lebt erfreulicherweise, bezieht seine Generalpension und schreibt über die Sozialdemokratie, die das Vaterland verraten hat.

So zeigt die „Kreuzzeitung“, an einem wahren Prachtexemplar, welches Gemisch von sittlichem Tiefstand und gelbigem Anvermögen Deutschland bis zur Revolution regiert hat. Die französischen Republikaner aber können an dem begeisterten Lob, das ihnen dieser preussische General zollt, wirklich ganz genau erkennen, wohin sie geraten sind.

## Paul Fraßed.

Die „Rote Fahne“ vom Dienstag morgen bringt folgende harmlose Notiz:

Paul Fraße, Berlin-Grünau, der bis zum Januar 1922 Geschäftsführer der „Riva“ war, ist wegen mißbräuchlicher Verwendung von Geschäftsgeldern aus der Partei ausgeschlossen worden.

Mißbräuchliche Verwendung von Geschäftsgeldern ist ein neuer lebenswürdiger Ausdruck für Unterschlagungen großen Stils, die allein bei der „Riva“ etwa 80 tausend Mark betragen haben. So weit festgestellt.

Aber Paul Fraßed war nicht nur Geschäftsführer der „Riva“, sondern auch Generalsekretär der kommunistischen Partei Deutschlands. Als solcher verwaltete er, wie die Pol. Parl. Nachrichten vor einiger Zeit enthüllten, die russischen Subsidien für die deutschen Kommunisten, jene Gelder, über die bekanntlich auf dem Parteitag niemals Rechenschaft abgelegt worden ist. Die P. K. haben nun in ihren Mitteilungen vom Anfang April darauf aufmerksam gemacht, daß Fraßed viel mehr bekommen hat, als er weiter zu geben nützlich fand. Wie alle andern Angaben der P. K., hat die kommunistische Partei auch diese Mitteilung über Fraßed damals zwar nicht direkt bestritten, aber verhöhnt und ins Lächerliche zu ziehen versucht. Und genau wie die Angaben über die Höhe der russischen Unterstützungsgelder selbst und die Art ihrer Verwendung, genau so zutreffend war auch die Mitteilung über Fraßed. Jetzt ist dieser edle Kommunistenführer ausgeschlossen worden, was ihm nicht sehr schmerzhaft sein wird, da er bei einigermaßen sorgfältiger Bewirtschaftung der veruntreuten Gelder längst ein großes Schaf ins Trockene haben muß. Der Fall Fraßed ist ein neuer Beweis nicht nur für Richtigkeit der damaligen Enthüllungen, sondern auch für die schmachvolle Korruption, welche in die deutsche kommunistische Partei durch die unkontrollierbaren russischen Hilfsgelder getragen wird.

## Politische Kinderrei in Kassel.

Kassel, 25. April. (Eig. Drahtbericht.)

Wolf's Telegraphenbureau hat der Presse die sensationell klingende Nachricht übermittelt, sämtliche bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu Kassel, wo Montag Scheidemann als Oberbürgermeister amtiert, hätten am Montag demontiert die Stadtverordnetenversammlung verlassen und beschloßen, beim Staatsministerium die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen. Die Meldung an sich ist richtig. Der seltsame Beschluß erfolgte aus folgendem ganz richtigen Grunde: Die sozialdemokratische Mehrheit will die erledigte Stelle eines bürgerlichen Stadtrates, die mit der Leitung des Wahlstrassentambes verbunden ist, wieder besetzen, die Stelle aber nicht ausfüllen, sondern dem sozialdemokratischen ehrenamtlichen Stadtrat Wittrock übertragen. Dieser leitet das Amt bereits seit Monaten ehrenamtlich an alleinstufiger Beurlaubung und ist auch im übrigen allgemein als tüchtig bekannt. Nun können die bürgerlichen

über Diktatur der roten Kasselei Mehrheit, über Vergewaltigung der bürgerlichen Minderheit, sozialdemokratische Futterkrippe-wirtschaft und so fort. Aber das Schreiben ist in jeder Hinsicht grundlos. Unsere Kasselei Mehrheit hat nämlich die bürgerlichen Herrschaften so wenig vergewaltigt, daß von den zehn besetzten Magistratsposten die Sozialdemokratie nur zwei innehat. Erst jetzt, nach dreijährigem Wirken, beansprucht sie einen dritten Posten. Sieben besetzte Stellen überläßt sie immer noch den bürgerlichen. Daraus und aus dem Umstand, daß die bürgerlichen Parteien gegen die schändliche Kathausung der Kasselei Sozialdemokraten nicht das Geringste einwenden können — noch im vorigen Jahre haben selbst die Deutschnatur allen den städtischen Etat mit bewilligt — ergibt sich, daß der Auflösungsantrag der Bürgerlichen nur eine politische Kinderrei ist. Die Staatsregierung wird diesen Antrag, den beziehungsweise auch das Zentrum und die Demokraten unterstützten, dahin befördern müssen, wohin er gehört, nämlich in den Papierkorb.

## Berliner Bankbeamten für die freien Gewerkschaften.

Für die Stimmung, die augenblicklich in der deutschen Bankbeamtenchaft herrscht, ist das Ergebnis der Betriebsratswahl, die vor einigen Tagen in der Commerzbank Berlin zum Abschluß kam, recht bezeichnend. Von 2705 abgegebenen Stimmen entfielen auf den freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten 2105, auf die Oberbeamten-Vereinigung 290 und den Deutschen Bankbeamten-Verein 310 Stimmen. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten entsendet also 14 und die anderen Organisationen je ein Mitglied in den Betriebsrat.

## Von Rapp zum Kronprinzen.

Von Kurt Heilbut.

In den zwei Jahren seit dem Rapp-Butsch hat sich die junge deutsche Republik soweit gefestigt, daß ihre Gegner keine direkten Angriffe mehr wagen, sondern sich gezwungen sehen, ihre Taktik zu ändern. An die Stelle des Butsches, des gewalttätigen Umsturzes, ist die planmäßig organisierte Ministerarbeit gegen die Republik getreten: ihre Einrichtungen, ihre Männer und Träger, kurz alles, was nur irgendwie mit der Republik zusammenhängt, wird begünstigt und in den Schmutz gezogen.

Die Monarchisten sehen sich zu dieser gleichsam negativen Politik gezwungen, weil sie keine geeignete Persönlichkeit haben, die als Anwärter auf den Thron genügend Werbekraft besitzt. Kaiser und Kronprinz, die zunächst dafür in Frage kommen, hatten sich während des Krieges und durch ihre Flucht nach dem Zusammenbruch denn doch zu stark kompromittiert. Inzwischen aber sind über drei Jahre verfloßen, und man rechnet nicht ohne Grund mit der Vergesslichkeit der Menschen. Zwar der Kaiser dürfte als Thronkandidat wenig geeignet erscheinen nach den Urteilen, die selbst von monarchistischen Kreisen über ihn in aller Öffentlichkeit gefällt worden sind. Aber der Kronprinz...

Schon Rapp hatte ja nicht etwa die Absicht, eine Rapp-Dynastie zu gründen, sondern wollte nichts anderes sein als der Blahhalter der Hohenzollern. Wer bisher noch daran zweifelte, der ist durch die Tafsache belehrt worden, daß Rapp keineswegs von „Ehre und Gewissen“ (wie er in seinem Märzbrief schrieb) getrieben wurde, für den verurteilten Jagow einzutreten, und sich jetzt — vier Monate nach dessen Verurteilung — dem Reichsgericht zu stellen. Sondern zu diesem Schritt wurde er vom ehemaligen Kronprinzen gedrängt.

Ob der Kronprinz glaubt, daß Rapp vor Gericht eine bessere Rolle spielen wird als Jagow und Genossen? Oder ob er glaubt, daß sich die Monarchisten beim Jagow-Prozess noch nicht genug blamiert haben, und daß eine Wiederaufholung der Rapp-Periode zur Stärkung des republikanischen Gedankens beitragen könnte, für den der Kronprinz ja durch sein privates und öffentliches Auftreten wie kaum ein zweiter gewirkt hat — wenn auch sehr gegen seinen Willen und seine Absicht.

Doch nein, wie kann man nur so spotten: der Kronprinz hat doch in seinem Brief an den Professor Jörn ausdrücklich betont, daß er für Republik und Demokratie volles Verständnis besitzt, und daß man heute das Vaterland nicht noch „mit staatsrechtlicher (lies: monarchistischer) Propaganda beschweren dürfe.“ Mein schwarzrotes Herz, was willst du noch mehr?

Friedrich Wilhelm hat selber das Recht, das Wort und Latein bei ihm in einem merkwürdigen Widerspruch stehen. 1917 hat er an den General von Reibitz ein Glückwunschtelegramm geschickt, als dieser im preussischen Herrenhaus behauptete, Preußen würde durch ein liberales und demokratisches Wahlrecht ruiniert. (Solche Rede pflegt ein Demokrat nicht zu beglückwünschen.) Und noch im Herbst 1920 drückte er in einem Brief an einen Freund seine Freude aus über die Fortschritte der Reaktion in Deutschland und seine Hoffnung, daß sein „Vetter“ Ruprecht bald wieder den Thron besteigen werde. (Was ein etwas seltsamer Republikaner.)

Der frühere Kronprinz will von Anfang an für einen Verständigungsfrieden eingetreten sein und will einen „vergeßlichen Kampf“ gegen die Unterdrückung unserer öffentlichen Meinung gekämpft haben. Und zwar deshalb, weil er bereits im Herbst 1914 erkannt habe, daß der Krieg „rein militärisch nicht mehr zu einem erfolgreichen Ende geführt werden konnte.“

Wie er sich die Behandlung der öffentlichen Meinung gedacht hat, geht aus seinen Telegrammen hervor. So beschwerte er sich Anfang 1915 beim damaligen Kanzler Bethmann dagegen, daß „Flaumacher und weltfremde Diktoren — er nennt die Professoren Liszt und Delbrück — ungehindert spaltenlangen Reden schreiben dürfen.“ Schon vorher hatte er seinen Vater aufgefordert, diesen „Kerl“ — gemeint ist Delbrück — von der Universität entfernen zu lassen.

Daß er sich als „Anhänger des Verständigungsfriedens“ aber die Artikel des fanatischen Schatzmachers, Grafen Rosenlöw, in der Deutschen Tageszeitung freut und dies in einem Telegramm ausdrückt, wundert nach den oben angeführten Tatsachen nicht weiter. Ebenso wenig, daß er im September 1917 eine Resolution der Hamburger Handelskammer begrüßt, weil in ihr „die Annahmungen des amerikanischen Präsidenten Wilson die gebührende Ablehnung gefunden habe.“

„Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, — schreibt er in dem erwähnten Brief, — was ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Exterminierung dieser Verhältnisse gelitten habe.“ Die Soldaten und Demagogen von Sparsville sind

jen ein Lied von diesen Leiden zu singen, (soll heißen von den Gelagen und der ungläublichen Wirtshauswirtschaft im kronprinzlichen Hauptquartier).

Auch jetzt — leidet — der ehemalige Kronprinz schwer unter den Verhältnissen (mein auch nicht unter einem Mangel an Verhältnissen.) „Sieben Jahre lang bin ich von meiner Frau und meiner Kindern getrennt!“ O wie rührend klingt diese Klage des armen Familienvaters. Warum er wohl nur Frau und Kinder nicht nachkommen läßt, wenn seine Sehnsucht so groß ist? Aber ebenso wenig, wie wir dem „Demokraten und Republikaner“ Friedrich Wilhelm trauen, trauen wir jener Sehnsuchtsklage nach trütem Familienleben. Hat doch die Kronprinzessin bereits 1918 Scheidungsantrag stellen wollen und nur auf die dringende Bitte der Kaiserin davon Abstand genommen. Und man erzählt sich, daß der Kronprinz fluchtartig das Große Hauptquartier zu verlassen pflegte, wenn seine Gattin dort erschien.

Ja, die kronprinzlichen Leiden sind so schwer, daß der Besessene einer der Hohenzollernbünde sich veranlaßt sah, dem braunen Kronprinzen zu schreiben: „Wenn Eure königliche Hoheit jetzt noch nicht das Schieferleben lassen, dann können wir nichts mehr für Sie tun!“

Friedrich Wilhelm aber wird wieder von den Monarchisten auf den Schild gehoben, denn sie haben niemand anders. Und dann wissen sie von ihm, daß er genau so nach ihrer Pfeife tanzen wird, wie sein Vater. Ludendorff hat sich schon einmal gerühmt, den „Schlapperordenen Kronprinzen wieder aufgepumpt zu haben.“

Von dem Kronprinzen selbst dazu aufgefordert, ist das Eitelkeinen Kapp vor dem Reichsgericht nur ein Glied in der Kette der monarchistischen Propaganda. Ein Versuch der Monarchisten, moralische Eroberungen zu machen. Denn mit der Butschaktion hat man endgültig gebrochen; „Kappistengeist und Kappistenmethoden würden den Königsgedanken zu Tode reiten“, ruft der „Regensburger Anzeiger“ der Monarchisten zu und gibt ihnen den Rat, „der Zeit zu vertrauen und abzuwarten“. Der König — heißt es weiter — kann nicht auf den Schultern einer kleinen Schar auf den Thron zurückgetragen werden; das Volk als solches muß ihn rufen. Was hier von Bayern gesagt ist, gilt genau so für das Deutsche Reich.

Die Propaganda für den Kronprinzen geht weniger von den einflussreichen Deutschnationalen aus, sondern — und das erhöht ihre Gefährlichkeit — von Kreisen der Deutschen Volkspartei. Kein geringerer als der Führer dieser Partei, als Dr. Stresemann selbst, hat kürzlich den Kronprinzen über den grünen Rasen gelobt, und eine gerechtere Beurteilung seiner Persönlichkeit gefordert.

Nun, die Sozialdemokratie hat dem Kronprinzen, mit dessen Geburtsstag man nächsten Mittwoch reizen wird, freis und wird ihm auch fürderhin Gerechtigkeit widerfahren lassen, die er sich verdient hat in den verschiedensten Lebenslagen, nicht zuletzt als geschlagener Anführer, der nach Holland flüchtete, und neuerdings als politisierender „Republikaner und Demokrat.“

Den Friedrich Wilhelm hätte man zum „Führer“ des deutschen Volkes gemacht, wenn der Rapp-Butsch geblüht wäre.

Noch ist nicht alle Gefahr vorbei. In Dir ist es, deutscher Proletar, die Fäden zu erkennen und zu zerreißen, die noch immer von Rapp zum Kronprinzen spielen.

# Volkswirtschaft.

## Wiedmärkte.

Hamburg, 27. März.

### Rinder- und Schafmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthausmarkt, wird uns mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 Rn. Lebendgewicht: Ochsen und Kühe: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2800—2400 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 1900—2200 Mk., fleischige (3. Qualität) 1600—1800 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1300—1500 Mk. Bullen: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2000—2200 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 1800—2000 Mk., fleischige (3. Qualität) 1600—1700 Mk., gering genährte (4. Qualität) 1300—1500 Mk. Räh: vollst. ausgem. höchsten Schlachtwerts (1. Qualität) 2100 bis 2200 Mk., sonstige vollfleischige (2. Qualität) 1800—2000 Mk., gering genährte (3. Qualität) 1300—1700 Mk., geringste Sorte (Burrköpfe) 800—1200 Mk. Schafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm — Weidemast (1. Qualität) 2000—2200 Mk., Stallmast (1. Qualität) 2000—2200 Mk., vollst. Schafvieh (2. Qualität) 1400—1600 Mk., gering genährtes Schafvieh (3. Qualität) 900 bis 1200 Mk. — Mastlamm: 1160 Rinder (hierunter 208 Ochsen, 118 Kühe, 247 Bullen, 684 Räh und 193 bänische Rinder), 182 Schafe. Der Handel verlief mit Rindern ruhig, mit Schafen reg.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 28. April.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	27. April.	28. April.
Amsterdam	100 fl.	10761.50
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	2397.—
Kristiania	100 Kr.	5343.30
Kopenhagen	100 Kr.	6002.45
Stockholm	100 Kr.	7305.85
Helsingfors	100 Finn. Mk.	547.30
Rom	100 Lire	1508.10
London	1 £	1248.40
New York	1 Doll.	281.64
Paris	100 Frs.	2621.70
Zürich	100 Frs.	5523.05
Madrid	100 Pesetas	4899.45
Wien	100 K.	3.63
Budapest	100 K.	36.45
Prag	100 K.	549.80

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Lage	Stb.
<b>Angelkommen am 27. April.</b>							
D.		Behman	Sawann	Burgstaken	3 1/2		
D.		Fredenhagen	v. Orff	Hamburg	1		
D.		Wolow	Wied	Kiel	1		
D.		Wöhntz	Sörensen	Rolding	1 1/2		
<b>Angelkommen am 28. April.</b>							
D.		Dahlb.	Andersen	Rolding	1 1/2		
D.		Erpex	Davidsen	Rolding	4 1/2		
D.		Monica Seeb.	Rupf	Geiffeld	3		
D.		Rübed.	Müllers	Kopenhagen	10		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiwirtschaft und Freiwirtschaft Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schatz; für Unternehmungen Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co. in Hamburg.

# Restaurant Furf

Engelstraße 59. — Fernsprecher 8731.

Ich mache hierdurch bekannt, daß ich mein Geschäft an meinen Sohn **Bruno** und Schwiegersohn **Meiners** verpachtet habe. Das Wohlwollen, welches mir in meiner 34jährigen Tätigkeit zuteil wurde, und wofür ich herzlich danke, bitte ich auf meine Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll  
**Frau E. Furf Wwe.**

Wir verweisen auf obige Mitteilung und werden durch freundliche Bedienung und Verabreichung guter Speisen und Getränke den guten Ruf des Geschäfts erhalten und neu begründen.

Die Uebernahme erfolgt am **Sonnabend, dem 29. April.**

Um geneigten Zuspruch bitten  
**Furf & Meiners.**

## Simerbier.

Sonnabend v. 4-6 Uhr.  
(1207) Brauerei Stamer.  
Zur  
**Maifeier**  
empfehle:  
**Limburger**  
**Tilsiter**  
**Dän. Gouda**  
**Stang-Käse**  
um. u. w. (1808  
in prima Qualität  
zum billigsten Preise.  
**Herm. Boldt**  
Markthalle Stand 4

Um meine Marke in möglichst weiten Kreisen des Publikums einzuführen, verkaufe ich nach wie vor, solange noch Ware aus alten Abschlüssen vorhanden,  
**erheblich unter dem heutigen Anschaffungspreise.**

Die Fabrikpreise sind heute Teil 100 bis 200 Mark pro Paar höher als meine Preise.

## Schuhvertrieb Rheingold

Breite Straße 42. (1904)

## Loden-Mäntel

**Selerinen Anzüge**  
**Manchester-Anzüge**  
**Gummi-Mäntel**



1805) Lübeck  
Mühlenstrasse 34.

## Waisenhof

Freitag und Sonntag  
**Tanz.**  
Montag: (1807)  
**Gr. Maifeier.**  
**Maifeier 1922.**  
Sozialdemokratischer Verein Lübeck.  
(1298)  
**Kronsförde.**  
Sonntag, den 30. April, abends 6 Uhr,  
im Lokale des Herrn Seid.  
Festredner: Gen. Gehr.

**Montag, den 1. Mai:**  
**Travemünde.**  
nachm. 2 Uhr. Treffpunkt „Kolliseum“.  
Festlokal „Städtischer Kurpark“.  
Festredner: Gen. Dr. Leber.

**Vorwerk.**  
vorm. 9.15 Uhr, Lokal Windhühved.  
Festredner: Gen. Paul Hoff.  
**Moising.**  
nachm. 2 Uhr, im „Kaffeehaus“.  
Festredner: Gen. Steinberg.

**Schlutup.**  
nachm. 1.30 Uhr, im Lokale „Zur Post“.  
Festredner: Gen. W. Bromme.  
**Kücknitz.**  
nachm. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Dieckmann.  
Festredner: Gen. Aug. Schultz.

**Schönböcken.**  
nachm. 2.30 Uhr, im „Ländhaus“.  
Festredner: Gen. H. John.  
Hierauf: Ball, Kinderbelustigungen und Preisfeiern.

**Siems.**  
abds. 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Schwarz.  
Festredner: Gen. Gehr.  
Hierauf: Unterhaltungsmusik.  
**Nusse.**  
nachm. 2 Uhr, im Lokale des Hrn. Siemers.  
Festredner: Gen. Joh. Denker.

**Sierksrade.**  
nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rutz.  
Festredner: Gen. F. Ostermeyer.

Prima gelbföcchende  
**Speisefarbstoffe**  
sowie La. Vanilin-Zutti-  
**Pflanzfarbstoffe**  
empfiehlt  
**Wilhelm Sülke.**  
Schwartauer Allee 45a.  
1812) Fernruf 8822.

**Mietereigenverein**  
Lübeck.  
Bez. Marli (Vorort).  
Sonnabend, 29. April  
abends 7 1/2 Uhr  
**Mitglieder-**  
**Versammlung**  
im Gesellschaftshaus Marli.  
Wichtige Tagesordnung.  
Zahlreiches Erscheinen  
notwendig. (1286)

**Sozialdemokr. Verein**  
Schwartau-Rensfeld.  
**Demonstrationszug**  
am 1. Mai  
2 Uhr nachmittags vom  
Palast-Theater durch  
den Ort. (1289)  
Auf dem Marktplatz:  
Gesangsvorträge und  
Festrede vom Genossen  
Alfred Dröger, Lübeck.  
Abends:  
**Ball**  
in zwei Lokalen.  
Alle Gewerkschaften  
und Vereine werden ge-  
beten, recht pünktlich zu  
erscheinen.

**Achtung! Neu eingetroffen. Achtung!**  
Die beliebten **Dän. Schweinsköpfe**  
mit wirkl. voll. Fettsack, sowie Ochsen-  
bauchfleisch u. Herzen billig, täglich.  
Markthallenstand 9. (1261) **M. Nehlsen.**

Das reelle **Gattnershaus**  
für Arbeiter und jeden Beruf.  
**Wir sind billig!**  
**Gehr starke Schuhwaren.**  
1 Paar starke Arbeitstiefel, keine Mitteltiefel . . . . . 245.—  
1 Posten eleg. Damenstiefel 475.—  
1 „ „ Damenballschuhe 310.—  
Herren-Schnallen- und Zugstiefel 425.—  
Starke Ledergamaschen . . . . . 245.—  
(schwarz und braun)  
1901) Starke Schultiefel  
27-30 31-35 36-39  
139.— 169.— 215.—  
Sehr starke Kinderstiefel in allen  
Größen 18-20, 21-22, 23-24,  
25-30, 31-35, 36-39.  
Sandalen, Turnschuhe, Pantoffeln etc.  
Mod. Damen-Kostüme 240.—,  
295.—, 675.— u. besser.  
do. Damen-Mäntel 450.—,  
650.— u. besser.  
do. Damen-Höcke 69.50,  
125.— u. besser.

**Ehlers & Reetwisch**  
Hofstraße 1. St. Petri 2 u. 4.  
1 Paar starke feldgraue  
Hosen . . . . . 295.—  
1 Posten starke Manchestertiefel . . . . . 395.—  
1 Posten Herrenanzug, Sommer-  
mäntel, Leichte Sommerkleidung.

**Jugend**  
Neueste Muster — Große Auswahl  
Billigste Preise  
empfehlen (1256)  
**Marli-Drogerie**  
Wilhelm Hohenschild  
Marlistr. 42c. Marlistr. 42c.

**Futterstoffe, Drethe etc.**  
kauft  
**C. Grimm Nachf.**  
Schäffelabrikation. (1268)  
**34 1/2 in Breite Stand 34**  
Prima je. dän. Schweinsköpfe  
mit voller Fettsack 29.— 31.— (1270)  
dän. Ochsenbauch oder Herzen  
Stand 16 5/8 in. 18.— 21.— Stand 16

**Spez. Verlobungsringe**  
333,585 750  
u. 900 geit.  
**Schmuck-  
fächer.**  
Taschen- u. Weckuhren.  
**Willi Westfahling**  
32) 32)

**Umpressen**  
von (1262)  
Klein- u. Herrenkleidung  
jeder Art wird schnell  
u. fachmännisch aus-  
geführt.  
Im Kommiss. v. H. & A.  
**Wiener Hofabrik**  
Holzdamm, Gumbach.  
Herrstraße 49.

**Spillfische**  
Klein- u. Herrenkleidung  
jeder Art wird schnell  
u. fachmännisch aus-  
geführt.  
Im Kommiss. v. H. & A.  
**Wiener Hofabrik**  
Holzdamm, Gumbach.  
Herrstraße 49.

**Konditorei Starke Kaffeehaus**  
Königsstr. 25 Teleph. 8860  
Täglich von 10 Uhr früh: Frisches Gebäck!  
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (1257)  
Lieferung, aus d. Hause f. schnellste Erledig.

**Friedrichshof**  
Morgen unwiderruflich (1276)  
letzter  
**FAMILIENBALL**

Am Sonnabend, d. 29. April:  
**Frühlingsball**  
der Schiffbauern vom Travemünde  
im Gewerkschaftshaus.  
Anfang 7 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Das Festkomitee. (1287)

**Schuhhaus Zentrum**  
Marktplatz 2 (im Hause  
Raffhaans Jack)  
Sonder eingetroffen: Gz. Soles mit halbbare  
Damen-Stiefel . . . . . a 340.— Mt.  
Damen-Spangenschuhe a 140.— Mt.  
Kräftige Herren-Stiefel a 360.— Mt.  
Hauptstadt. 1807. 1808. 1809. 1810.  
Waldemar Ludwig.

Frisches Gebäcktes 24  
Prima Quenfl. 28.—  
Brantentide 80.—  
Schweinefl. 84 u. 88  
Kalbfleisch 20 u. 22

**Carl Möller,**  
Wiedestraße 44.  
1816) Fernruf 2386.

**Maifeier 1922**  
**Ahrensböck**  
Versammlung  
der Festteilnehmer  
nachmittags 2 1/2 Uhr  
in Scharfenbergs Gasthaus.  
Abmordung des (1284)  
Demonstrationszuges  
pünktlich 3 Uhr.  
Im Schöls-Vogelndamm  
Ansprache.  
Nach dem Rudmarck in  
den Lokalen von Schar-  
fenberg und Prauber:  
Kinderbelustigungen  
mit nachfolgendem

**BALL.**  
Eintritt und Tanzband  
für Frauen 5.50 Mt.,  
für Männer 8 Mt.,  
inklusive Steuer.  
Zahlreiche Beteiligung  
der Arbeiter- und Be-  
wömtenschaft Ahrensböcks  
und Umgegend erwartet.  
Das Festkomitee.  
J. A.: Gust. Schlichting,  
Vorstand.

**Sparklub „Bienenhaus“.**  
Sonnabend, d. 29. April:  
**Broker Ball**  
in der  
Friedrich-Franz-Halle.  
Kasseneröffnung 6 Uhr  
Anfang 7 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst  
ein (1810)  
Das Festkomitee.

**Arbeiter-Bildungs-  
verein Lübeck.**

**Vorstellung im  
Stadttheater**  
Sonntag, den 7. Mai:  
nachmittags 2 1/2 Uhr  
**Carmen.**  
Oper von Bizet.  
Preis der Karte 9 Mk.  
Karten sind von Sonn-  
abend, den 29. April,  
abends 6 1/2 Uhr, im Ge-  
werkschaftshaus zu haben  
(1808) Der Vorstand.

**Hansatheater.**  
Heute Freitag 8 Uhr:  
Der große Erfolg  
**Bis früh um 5**  
mit Reinhold Wolf.  
Sonnabend 8 Uhr:  
Ehren-u. Abschiedsabend  
für Hrn. O. Erasml.  
gleichzeitig letztes Auftreten  
von Niemoz, Schädler  
und Bauer (1266)  
**Der letzte Walzer**  
Bauwisch:  
Anita Schmidt als Gast.  
Sonntag 8 Uhr:  
Abschiedsvorstellung des  
gesamten Personals  
**Bis früh um 5.**

**Stadttheater Lübeck**  
Freitag, 28. April, 7.30 U.  
Sairice u. Benedikt.  
Hierauf: Tanzbilder.  
36. Ab. Vorst. H. H. D.  
Sonnabend, 29. April, 7 U.:  
Festauftakt zur 100-  
jährigen Wiederkehr  
der Erbauung der  
Lübeck: Der Festglocke  
Kaplar: Adolph Schöpl-  
lin vom Deutschen  
Opernhaus Berlin.  
Sonntag, 30. April, 2.30:  
9. Fremden-Vorst.  
Der Trompeter von  
Saffingen. (1255)  
7.30 Uhr: Der Festglocke  
Montag, 1. Mai, 7.30:  
19. Volkst. Konzert:  
Es wird gebeten, die  
bestellten Karten für  
die Festvorstellung „Der  
Festglocke“ rechtzeitig ab-  
zuholen.

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 28. April.

### Auf zur Malfeler!

Die Auslösung der Verbände und Vereine für die Ausstellung des Festzuges hat folgendes Ergebnis gezeitigt:

Zugleiter: Alfred Weich.

1. Zug.

Zugführer: Paul Schmalfeldt.

1. Radfahrer.
2. Sozialdemokratischer Verein.
3. Schneider.
4. Schuhmacher.
5. Friseur.
6. Dachbeder.

2. Zug.

Zugführer: Wilhelm Dörich.

7. Transportarbeiter.
8. Gärtner.
9. Zimmerer.
10. Gastwirtsgehilfen.
11. Schornsteinfeger.
12. Staats- und Gemeindefreier.

3. Zug.

Zugführer: Max Geisler.

13. Arbeiter-Turnverein.
14. Arbeiter-Jugend.
15. Zentralverband der Angestellten.
16. Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten.
17. Feuerwehr.
18. Graphische Berufe. (Lithographen, Steindruck, Buchdrucker, Buchbinder und deren Hilfsarbeiter.)
19. Fabrikarbeiter.

4. Zug.

Zugführer: Gustav Wulf.

20. Harmonikklub „Harmonia“.
21. Werkmeister.
22. Metallarbeiter.
23. Tabakarbeiter.
24. Brauerei- und Mälzearbeiter.
25. Holzarbeiter.
26. Bäcker.

5. Zug.

Zugführer: Fritz Jakob.

27. Chorverein.
28. Bauarbeiter.
29. Maler.
30. Schlachter.
31. Steinarbeiter.
32. Töpfer.

6. Zug.

Zugführer: Ludwig Utesch.

33. Eisenbahner.
34. Böttcher.
35. Setzer und Maschinisten.
36. Sattler und Tapezierer.
37. Glaser.
38. Reichsverband deutscher Post und Telegraphenarbeiter.

Die Teilnehmer am Festzug werden gebeten, sich pünktlich am 1. Mai um 10 Uhr einzufinden, da der Aufmarsch genau 1 1/2 Uhr erfolgt. Die Aufstellung erfolgt an den mit Nummern kenntlich gemachten Stellen. Aufmarsch an der Forsthalle nach Weisung der Zugführer.

Nach der Ansprache und Auflösung des Zuges werden die Fahnen in die Scheune des Herrn Oldenburg gebracht. Wachposten der Arbeiter-Samaritaner-Kolonie mit Urzt im „Lindenhof“. In jedem Ball Lokal befindet sich ein Komitee. Bekleidungen sind dort anzubringen.

Aufmarsch der Fahnenabteilungen pünktlich 1 Uhr mit Musik vom Gewerkschaftshaus.

Auf nach Israelsdorf!

Hoch der 1. Mai!

Das Maifestkomitee des sozialdemokratischen Vereins.

### Beamte und Angestellte!

#### Auf zur Malfeler!

In diesem Jahre fährt sich zum vierten Male das Maiest, woran die Beamten- und Angestellten teilnehmen kann. Vor vier Jahren belam auch die Beamtenschaft ihre politische Freiheit und ihre Rechte als vollwertige Staatsbürger. Leider ist heute festzustellen, daß viele Beamten ihre Rechte selbst verkümmern lassen, in der alten Zwangsjacke stecken bleiben und den alten Obrigkeitsstaat preisen. Nach Ansicht dieser Beamtenschaft ist es eine Dreifaltigkeit, wenn jetzt von ihnen politisches Denken verlangt wird und daß sie mit den anderen Arbeitern Feste feiern sollen.

Aber ein guter, gesunder Teil der Beamtenschaft denkt anders. Die freuen sich, daß endlich die Fesseln gesprengt sind. Dieser Kerntrupp in der Beamtenschaft, der mit dem Herzen schon längst bei der Sache war, kann jetzt frei und frank mit den Volksgenossen im Arbeitsmittel Feste begehen. Sie denken und fühlen mit den anderen Arbeiterschichten und bauen sich nicht abseits, isoliert hinter einer großen Klostermauer, mit egoistischem Beamtendünkel auf.

Und diese freidenkenden Beamten begehen am 1. Mai wieder ein Fest mit allen republikanisch gesonnenen Volksgenossen und Genossinnen. In diesem Augenblick geht deshalb an alle freidenkenden Beamten, an alle, die auf demokratischem Boden sich bewegen, an alle, die mit dem Volke fühlen und denken wollen, der Mahnruf, sich geschlossen und in Massen an der diesjährigen Malfeler nach Israelsdorf zu beteiligen.

Die Beamten und Angestellten, welche nicht als besondere Gruppe im Festzuge marschieren, sammeln sich bei der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Beamten und Angestellten. Zum ersten Male marschieren die Asba als besondere Abteilung im Festzuge. Sorgt deshalb für eine Massenbeteiligung. Beamte und Angestellte, die Parole am Montag lautet also:

Auf nach Israelsdorf!

Es lebe der 1. Mai!

Arbeitsgem. sozialdem. Beamten u. Angestellten, Lübeck.

### Der Milchpreis für Mai.

#### Preissteigerung von 6.40 auf 7.00 Ml.

Die Milchkommission des Landesversorgungsamtes setzte Donnerstag nachmittags nach längerer Verhandlung den Milchpreis für den Monat Mai auf 7 Ml. für das Liter fest. Das bedeutet eine Preissteigerung gegenüber dem Monat April von 60 Pfg. pro Liter. Der Milchpreis richtet sich bekanntlich nach dem auf der Butterauktion in Hamburg im Vormonat erzielten Durchschnittsbutterpreis und beträgt ein Zehntel dieses Preises. Auf dieser Grundlage wurde, entsprechend den früheren Beschlüssen der Milchinteressenten, der Milchpreis seit mehreren Monaten bemessen. Anfangs April trat nun eine starke Butterpreissteigerung ein, der gegen Ende des Monats eine Preislenkung folgte. Der Durchschnittspreis ist aber erheblich höher als im Vormonat, er beträgt 57,26 Ml., jedoch der Milchzeugerpreis sich auf 5,72 Ml. beläuft. Die Handelsspanne wurde auf 1,30 Ml. erhöht und der Kleinhandelspreis auf 7 Ml. pro Liter abgerundet.

Das ist der Sachverhalt, mit dem sich die Sitzung zu beschäftigen hatte. Ueber diese Preisbemessung entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Konsumenten und den Vertretern der Landwirte, sowie Händler. Erstere betonten mit aller Schärfe, daß sie einer Preissteigerung ihre Zustimmung nicht geben könnten. Die Landwirte stellten so ungeheure Verdienste ein, daß sie bei halbwegs gutem Willen die Milch billiger liefern könnten. Die Vertreter der Landwirte bestritten das, und es kam zuweilen zu scharfen Zusammenstößen.

Bestere bestanden auf die Preissteigerung. Sie forderten den zehnten Teil des Butterpreises, den, wie sie betonten, die Landwirte anderer Gegenden auch erhalten, verwiesen auf die hohen Futtermittelkosten und anderes mehr. In Gründen fehlt es den Herrschaften ja nie, wenn es um ihren Geldbeutel geht. Alle Einwände der Arbeitervertreter wurden von ihnen lächelnd und als unsachlich zurückgewiesen. Die Landwirte verwiesen auch wieder, wie früher, auf die höheren Milchpreise in Hamburg, Kiel usw. und punkten abermals mit den Millionenopfern, die sie nach ihren Berechnungen in der Milchfrage dargebracht haben. — Wir wollen nicht verkennen, daß die Milchpreise in Lübeck etwas niedriger waren als in den größeren Städten der Nachbarschaft. Trotzdem haben die Landwirte große Gewinne eingehemmt, während weite Kreise der Stadtbewölkerung elendiglich hungern und darben mühten. Diese Gegensätze sind nicht aus der Welt zu schaffen.

Die Vertreter der Arbeiter mußten schließlich erkennen, daß auch diesmal alle ihre Bemühungen, eine Erhöhung der Milchpreise zu verhindern, vergebens waren. Die Landwirtevertreter, die an die Beschlüsse ihrer Organisation gebunden sind, halten an der früher geschaffenen Preisregelung fest, unbestimmt um die Höhe des Preises und etwaiger Folgen. Nicht mit Unrecht wurde daher die Frage aufgeworfen, ob man angesichts dieser Sachlage die Milchkommission nicht auflösen sollte. Die Reberet wäre ja doch zwecklos. Dem widersprach der Sitzungsleiter, Herr Polizeirat Lippert, der die Institution nicht für überflüssig hielt.

Letzterer warf zu Beginn der Sitzung auch die Fragen auf, ob der heutige Milchpreis nicht beibehalten werden könne und ob man nicht anstatt monatlich wöchentlich die Preise festlegen sollte. Beide Vorschläge fanden keinen Anklang. Die wöchentliche Preisfestsetzung würde gegenwärtig, bei sinkenden Butterpreisen, für die Konsumenten einen Vorteil bedeuten, im Herbst dagegen einen Nachteil. Die Sache gleicht sich also später wieder aus, so daß in Wirklichkeit eine Benachteiligung der Verbraucher durch die monatliche Preisfestsetzung nicht eintritt.

Die Händler verlangten die Heraushebung der Handelspanne auf 1,60 Ml. pro Liter, gaben sich aber, nachdem Herr Direktor Baklan von der Hanke-Meierei diese Spanne als zu hoch bezeichnet hatte, mit 1,30 Ml. zufrieden. Im allgemeinen aber hielt Herr Baklan die Milchpreise nicht für zu hoch. Nach seiner Berechnung sind sie gleich den Löhnen etwa um das 23fache gestiegen. Daß die Löhne eine solche Steigerung durchweg erfahren haben, wurde von den Arbeitervertretern entschieden und mit vollem Recht in Abrede gestellt.

Dann lagen der Sitzung noch zwei, in der letzten Bürgerchaft angenommene Anträge vor. Zu dem ersten Antrag der Frau Zimmerman, der die Reichsregierung ersucht, dahin zu wirken, daß der Milchpreis nicht nach dem Auktionspreis der Butter bemessen wird, wurde erklärt, daß dieser Antrag an die falsche Adresse gerichtet sei. Die Regierung hätte diese Preisbemessung nicht herabgesetzt, sondern die Landwirte.

Der zweite Antrag lautet: „Die sozialdemokratischen Frauen der Bürgerchaft ersuchen Senat und Bürgerchaft dringend, geeignete Schritte zu unternehmen, um dem durch nichts gerechtfertigten Milchmangel, der unsern Nachwuchs auf das Schwerste bedroht und die Not der Alten ins Unerträgliche steigert, entgegenzuwirken.“

Dieser Antrag soll dem Senat mit dem Ersuchen überwiesen werden, baldigst mit Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsame Schritte zur Milchverbesserung zu unternehmen. Lübeck allein kann in dieser Sache nichts erreichen. Bemerkte sei noch, daß Herr Baklan auch für diese Aktion war, aber an einen nennenswerten Erfolg zweifelte.

Der Milchverbrauch geht natürlich mit jeder Preissteigerung zum Schaden großer Volksschichten immer mehr zurück. Die Milch ist heute nicht mehr als Heilmittel zu betrachten. Sie hat ja nun auch Ansothefenwirkung erreicht. Nach dem berühmten Ausspruch von Senf in der Bürgerchaft können die Landwirte auch hier sagen: „Gott sei Dank!“

### Schon wieder Kohlenpreiserhöhung.

Das Landesversorgungsamt beschloß heute vormittags abermals mit der Preissteigerung der Kohlenpreise. Erst am 18. April wurden die Preise für Koks auf 106 Ml. und für Bricketts auf 68 Ml. frei Haus erhöht. Inzwischen haben die Zechen die

## Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Behmann.

18. Fortsetzung.

„Gehen Sie“, sagte er noch einmal. Die Berta sah ihn an, warf den Kopf zurück und lachte auf.

„Dummer Kerl“, sagte sie. Er machte die Tür auf für sie und schloß sie hinter ihr doppelt ab mit Schlüssel und Riegel. Dann warf er sich aufs Bett. Es war ihm leicht und frei ums Herz.

Berta streifte vor der Tür ihre Schuhe ab. Geräuschlos kletterte sie die Treppe hinauf, keine Stufe machte. Vor der Heißen Wohnung stand sie still. Aus dem Zimmer, in dem Maria Heise mit ihren Kindern schlief, klangen gleichmäßige Atemzüge. Maria schlief. Herr Heise war ja heute nicht im Büro mit Berta gewesen, er war früh in keine Stube gegangen, da konnte sie schlafen. Berta drückte lachte die unverschlossene Tür zu dem Raum auf, in dem Herr Heise lag, und ebenso lachte zog sie sie hinter sich ins Schloß. Von innen wurde geräuschlos der Riegel vorgeschoben. Hier wurde Berta nicht über die Schwelle hinausgewiesen, und niemand mußte um ihren nächtlichen Besuch, als die weiße Rahe, die aber konnte nichts weiter erzählen.

VII.

Walter muß fort. Ines geht in die Stube. Frau Concha wußt auch einen Besuch. Benita wird neidisch auf Frau Elis.

Der letzte Tag von Walters Urlaub war gekommen, die letzte Abendstunde kam, in der er noch bei der Mutter im Stübchen saß und ihre Hand hielt. Ihr war das Herz bitter-süß. Nun ging ihr Einziger wieder hinaus in all das Grauen, in Mord und Blut, er mußte töten und konnte gelötet werden.

„Wenn es doch erst ein Ende hätte“, seufzte ihre Seele, wie so viele Seelen jetzt in allen Ländern seufzten. — „Wenn es nur erst ein Ende hätte!“

Doch sie wollte ihm das Herz nicht schwer machen. Sie wußte, daß die Tränen der Zurückbleibenden denen draußen das Schwere noch schwerer machen. Daß sie nicht weinte, so sehr ihr das Herz voll Tränen stand, war etwas, das sie ihrem Jungen zuliebe tun konnte, und wann hätte sie jemals dabei verfehlt?

Walter lag neben ihr und sprach von Benita. „Sie ist noch sehr jung, Mutter, und sie braucht Sonne und Freiheit. Ich fürchte, sonst verkümmert sie bei mir in dem

häßlichen Hause, in dem doch nur Schattenmenschen wohnen. Hilf ihr zu etwas Frohem, wenn du kannst, Mutter, und hüte sie mir. Ihre eigene Mutter ist wie ein Kind. Sie kann nicht hüten und nicht helfen.“

Frau Greefe rich schaute mit der Hand über die des Sohnes.

„Wir müssen alle hoffen, Walter, daß uns in dieser grauenhaften Zeit kein Glück verloren geht, und daß wir nachher, wenn die schwarze Zeit vorbei ist, in Frieden wieder ein gutes Leben anfangen können. Ich will Benita helfen, soviel ich kann; doch was vor uns ist, das ist für alle dunkel.“

Dann kam der Abschied von Benita.

Sie wollte in Tränen zerfließen. Das Ungestüm ihres Schmerzes ließ den Jüngling erzittern. Fassungslos stand er diesem Ausdruck gegenüber, und noch, als er im Eisenbahnwagen nach Westen rollte, stand ihm das Bild des weinenden Mädchens unablässig vor Augen. Benita aber sprang um die gleiche Zeit schon froh in Koses Zimmer herum und hielt die weiße Rahe auf dem Arm.

Walter war nicht der einzige, der vom Alten Staden hinausging in ein fremdes Land, — in das Gebiet des großen Kampfes. Ines hatte sich gemeldet für eine Stelle in der Etappe. Nur wurde sie gerufen und sollte mit einer ganzen Schar junger Mädchen hinausfahren nach Belgien. Von dem reichlichen Gehalt, das ihr zugesichert war, hoffte sie dann Mutter und Schwester besser unterstützen zu können, als wenn sie in der Heimat bliebe. Benita beneidete die Schwester ein wenig. Ihr sahien, als solle diese hinausflattern wie ein befreiter Vogel in das bunte Leben, während sie selbst, mit dem Bindfaden am Fuß gefesselt, im Bauer blieb. Daß viel Arbeit und Entsagung für den erstahft geübten Beruf gefordert wurde, war ihr nicht bewußt. Sie selbst tat jetzt nicht allzuviel, außer daß sie sich im Verein mit Frau Concha bemühte, neue Möglichkeiten, das Haar aufzuflecken, ausfindig zu machen oder alte getragene Blusen etwas modisch zurechtzustufen. Außerdem las sie Kose vor. Hierin ermüdete sie nie, und sie hing an dem kranken Mädchen mit der gleichen hingebenden, etwas gönnerhaften Liebe, die sie ihr von Beginn an gewidmet hatte. Ihr Herz mußte sich in irgendeiner Hinsicht ausströmen können, und das Gefühl, in diesem Krankenzimmer der unerbittlichen Sonnenhitze zu sein, tat ihr gut. Ueber das, was sie lasen, war das Urteil nicht immer das gleiche. Es war sehr seltsam, Kose, die Kranke, der das Leben voraussichtlich nie eine starke Betätigung gönnen würde, liebte alles ganz Velle, ganz Starke, alle ganz großen Töne. Sie waren ihr die Ergänzung alles Besseren, was das Leben ihr kühnlich blies. Benita suchte leichte Gefühlsentwürgen, Schilderungen frohen und glänzenden, an der Oberfläche kühnenden Lebens. Auch für sie war das die Ergänzung ihrer

Sehnucht zu den Stunden, die sie im Alten Staden Nr. 17 verlebte. — In die Stube ging sie nicht mehr. Walter hatte zwar gemüht, daß sie sich fortbilden solle, aber dazu würde immer noch Zeit sein. Nur etwas Unterricht im Gekanz zur Laute erhielt sie durch eine frühere Opernjägerin, die nicht weit vom Alten Staden wohnte. Das hatte die gutmütige Berta vermittelt, die für die Sängerin arbeitete. Frau Concha und Berta waren in einer gewissen Vertraulichkeit geblieben, und Berta trug es Benita nicht nach, daß sie in ihr wohl die Ursache sehen mußte, die sie damals bei ihrem nächtlichen Besuch aus Walters Zimmer getrieben hatte. — Berta hatte sich ja inzwischen anders getrieben. Herr Heise war ein hübscher Mann, und sie gingen mehr als je zu zweit miteinander ins Kino. Und Maria Heise hatte unruhige Nächte.

Berta war es auch, die eines Tages mit einem Vorschlag zu Frau Concha kam.

„Sie sind viel zu hübsch und frisch, um Ihre Tage so zu verbringen“, sagte sie. „Sie könnten irgendeinen Posten finden bei einem einzelnen Herrn, wo Sie es gut hätten.“

„Aber ich kann doch Benita nicht allein lassen“, meinte Frau Concha, „und mitnehmen, das wird nicht gehen.“

„Dann müßte es eben etwas auf Stunden sein. Lassen Sie mich nur machen. Ich komme in viele Häuser und höre da so allerlei.“

Wichtig kam sie nach einigen Tagen wieder mit einem Vorschlag.

„Ich wüßte wohl was, für das Sie sich packten. Der Photograph, der alte Herr Reuchlin am Stadthor, sucht eine Empfangsdame für sein Atelier. Die letzte ist ihm danongelaufen. Nicht, daß er ihr etwas getan hätte. Aber sie hatte ein Verhältnis mit einem Schauspieler, mit dem ist sie durchgebrannt. Er hat eine Frau und vier kleine Kinder. Sie ist ein Verhältnis mit einem Theater eben sind. — Nun will der Reuchlin keine so Junge mehr haben, aber gut aussehend muß sie doch sein, denn er meint, das gefällt dem Publikum, und er selbst will auch etwas für's Auge haben, vielleicht auch für's Herz.“

Frau Concha hielt es für angemessen, etwas würdig auszufehen. Aber ein wenig geschmeichelt lächelte sie doch.

„Wenn ich das nur leisten kann, was da verlangt wird!“

„Aha, das ist nicht allzuviel. Wenn die Damen kommen und wollen photographiert sein, dann müssen Sie ihnen vor dem Entgelt helfen, sich schön zu machen. Und wenn sie dann so weit sind und haben das Probebild, na, dann erzählen Sie ihnen, wie vortheilhaft sie darauf aussehn. Und etwas anzufragen in den Büchern ist auch dabei, das wird aber nicht viel sein, die vorige hätte es fort nicht gelohnt.“

„(Fortsetzung folgt.)“



mittags 3 Uhr in der Schule in Hissa für die Ortshafte Hissa, Sibbersdorf, Beutinerhof, Breiterweg, Kalkhütte, Jägerhof und Neumühle. 2. Donnerstag, den 4. Mai, nachmittags 2 Uhr in der Schule in Gissa für die Ortshafte Gissa und Hohenort; nachmittags 3 Uhr in der Schule zu Tankenrade; nachmittags 4 Uhr in der Schule zu Hrensböl für Stadt- und Landbezirk Hrensböl, Barghorst, Hostenhof, Lebah, Neuhof, Schwöbel, Havelst und Griebenhagen; nachmittags 6 Uhr in der Schule zu Giekelrade für die Ortshafte Giekelrade, Barbau, Schwientuhl, Siblin. 3. Freitag, den 5. Mai, nachmittags 1 Uhr in der Schule in Wosau für die Ortshafte Wosau, Lissa und Klein Neudorf; nachmittags 2 Uhr in der Schule zu Huhfeld für die Ortshafte Huhfeld, Bichel, Braatrade, Hassenhof, Thiel und Wöbs; nachmittags 3 1/2 Uhr in der Schule zu Liensfeld für die Ortshafte Liensfeld, Kiebusch und Majensfelde; nachmittags 4 1/2 Uhr in der Schule zu Braak für die Ortshafte Braak, Gohendorf, Klenau, Meinsdorf; nachmittags 5 1/2 Uhr in der Schule zu Bockholt für die Ortshafte Bockholt, Fassendorf, Köbel. 4. Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 1 Uhr in der Schule zu Zarnetau; nachmittags 1 1/2 Uhr in der Schule zu Bujendorf für die Ortshafte Bujendorf, Redingsdorf, Haschop, Gömnitz; nachmittags 2 1/2 Uhr in der Schule zu Süssel; nachmittags 3 1/2 Uhr in der Schule zu Gronenberg für Gronenberg und Hafftrug; nachmittags 4 1/2 Uhr in der Schule zu Gleichenhof für Gleichenhof und Wulsdorf; nachmittags 5 1/2 Uhr in der Schule zu Bf. Gleichenhof für Bf. Gleichenhof, Bönitz und Steentade; nachmittags 6 1/2 Uhr in der Schule zu Ottendorf für die Ortshafte Ottendorf, Resdorf, Edelsdorf, Middelburg und Wolterskrug. 5. Montag, 8. Mai, nachmittags 1 Uhr in der Schule zu Parsdorf; nachmittags 2 Uhr in der Schule zu Sarkwitz für Sarkwitz und Schulendorf; nachmittags 3 Uhr in der Schule zu Groß Parin für Groß- und Klein-Parin und Horsdorf; nachmittags 4 1/2 Uhr in der Schule zu Kurau für Kurau, Datsendorf, Dunksdorf, Böbs und Rohnsdorf. 6. Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr in der Schule zu Luschendorf für Luschendorf, Scharbeug und Schürdorf; nachmittags 2 1/2 Uhr in der Schule zu Groß Timmendorf für Groß- und Klein Timmendorf, Hemmelsdorf, Neuhof und Neu-Ruppersdorf; nachmittags 3 1/2 Uhr in der Schule zu Katalau für Katalau, Offendoff, Alt-Ruppersdorf; nachmittags 4 1/2 Uhr in der Schule zu Kreuzkamp für Kreuzkamp, Wilmersdorf, Grammersdorf und Owendorf; nachmittags 5 1/2 Uhr in der Schule zu Niendorf für Niendorf, Säven und Wamsdorf. 7. Mittwoch, den 17. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr in der Schule zu Seereh; nachmittags 3 Uhr in der Schule zu Rabschwarau; nachmittags 5 Uhr in der Schule zu Rabschwarau für Rabschwarau und Kleve. 8. Freitag, den 19. Mai, nachmittags 1 Uhr in der Schule zu Neudorf für Neudorf, Quisdorf und Wödeln; nachmittags 2 Uhr in der Schule zu Kreuzfeld für Kreuzfeld und Dobauer Forst; nachmittags 2 1/2 Uhr in der Schule in Malente für Malente, Neversfelde, Köthenfelde und Timmdorf; nachmittags 4 1/2 Uhr in der Schule in Neukirch für Neukirch, Malkwitz, Sieversdorf und Söhren; nachmittags 6 1/2 Uhr in der Schule zu Benz für Benz, Mülch, Wolppshof, Rummensee und Siebel. 9. Sonnabend, den 20. Mai, nachmittags 2 Uhr in der Schule zu Stodelsdorf für Stodelsdorf und Morz; nachmittags 4 Uhr in der Schule zu Ehorn für Ehorn und Gr. Steinrade; nachmittags 5 Uhr in der Schule zu Obernwohde für Obernwohde, Artrade und Oshagen. — Die Nachschau findet eine Woche später um dieselbe Uhrzeit in den gleichen Lokalen statt.

**Hamburg. Unschuldia im Zuchthaus.** Ein Wiederaufnahmeverfahren gegen ein Urteil des außerordentlichen Gerichts des Reiches beschaffte das Schwurgericht. Der Arbeiter Max Gustav Guttschick wurde vom außerordentlichen Gericht wegen schweren Aufruhrs unter Einbeziehung einer anderen Strafe zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Es gelang, neues Beweismaterial beizubringen. In der neuen Verhandlung erklärte G., wie in der früheren, gänzlich schuldlos zu sein. Er behauptete, die Beschuldigung des Zeugen Strauß laufe auf einen Nachsatz aus. Er, G., habe in einer Versammlung der Erwerbslosen, den Nachweis geliefert, daß St. als Obmann Betrügereien und Fälschungen begangen habe. Nachdem auch einige Zeugen die Behauptung des Zeugen Strauß als unwahr erklärt hätten, vernichteten die Geschworenen die Schuldfragen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten der bereits ein Jahr verbüßte.

**Hamburg. Der Profit laßt!** Die Norddeutsche Zuckerraffinerie Hamburg-Freilicht kann für das Geschäftsjahr 1920/21 einen Reingewinn von 1788 433 Mk. (i. V. 651 752 Mk.) buchen.

Es werden 20 Proz. (i. V. 15 Proz.) Dividende verteilt und 194 790 Mk. (i. V. 76 250 Mk.) Lantienen vergütet. — Die Schiffahrts-Gesellschaft „Unterweser“ in Bremen erzielte im Geschäftsjahre 1921 ein Ergebnis von 5,44 (i. V. 4,88) Millionen Mark. Bei Bemessung der Abschreibungen auf 1,01 (2,08) Millionen Mark bleibt ein Reingewinn von 1,18 (1,07) Millionen Mark. Daraus sollen wieder 30 Prozent Dividende verteilt werden.

**Kiel. Kieler Hafenbaupläne.** Die Hafenbaupläne Kiels, die zum Teil schon in die Wirklichkeit umgesetzt sind, umfassen 39 Hektar Wasserfläche, 2,8 Kilometer Kanallänge, 35 750 Quadratmeter Schuppen- und Speicherfläche und 36 Kräne. Als letztes Hindernis gegen die Schaffung eines Freihafens in Kiel besteht nach der Einpruch Hlensburgs. Der Magistrat gedenkt jedoch an den Reichsanwalt selbst in dieser Angelegenheit heranzutreten. Ohne Reichs- und Staatshilfe sind die Hafenpläne, die nach älteren Kostenschätzungen mehrere hundert Millionen erfordern, nicht durchführbar.

**Kiel. Schließung der Kinos und des Reichshallen-Theaters?** Die Kieler Lichtspieltheater und das Reichshallen-Theater wollen ihre Pforten schließen, weil sie befürchten, durch die Luftverkehrssteuer erdroffelt zu werden. Die Kündigung des gesamten Personals zum 15. Mai ist bereits ausgesprochen.

**Lohnverhandlung in der Landwirtschaft.**

Im Haus der Landwirte in Kiel fand — wie kurz berichtet — eine Verhandlung zwischen dem Landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Verband und dem Deutschen Landarbeiter-Verband wegen Lohnverhöhung statt. Es zeigte sich wieder dasselbe Bild, wie bei den früheren Verhandlungen. Die Arbeitgeber lehnten Lohnverhöhungen für die Deputatarbeiter strikte ab, weil nach ihrer Auffassung durch die Belieferung mit Naturalien das Einkommen der Landarbeiterfamilien automatisch steigt. Für alle anderen Gruppen wurde eine Einigung verhältnismäßig leichter erzielt. Der Lohn der ständigen Freiarbeiter wurde erhöht um 2,70 Mk., Gesamtlohn jetzt 9 Mk. pro Std., für unständige Freiarbeiter von 6,60 Mk. auf 9,50 Mk. pro Stunde; für weibliche Arbeiter von 2,40 Mk. auf 2,70 Mk. pro Std. Die Melkfrauen erhalten für den Sommer 10 Mk. täglich, also 1,50 Mk. pro Tag mehr.

Die Löhne der Jahreslöhner sind erhöht worden für die männlichen Arbeiter bis 18 Jahre um 1500—1800 Mk. auf 2700 bis 3600 Mk. pro Jahr; 18 Jahre von 1800—2100 Mk. auf 3600 bis 4500 Mk. pro Jahr. Weibliche Arbeiter bis 18 Jahre erhalten ihren Lohn erhöht von 1400—1700 Mk. auf 2400—3300 Mk. pro Jahr; über 18 Jahre von 1700—1900 Mk. auf 3300—3900 Mk. Auch die Wochenlöhner, die bei der vorigen Verhandlung leer ausgegangen haben eine Erhöhung von 50 Pfg. erhalten. Gesamtlohn jetzt 2 Mk. bezw. 2,20 Mk. Die einzelnen Zulagen für die Pferdepfleger sind um 25 Prozent erhöht worden.

Ueber die bisher angeführten Sätze wurde die Einigung verhältnismäßig leicht erzielt. Wegen der Lohnverhöhung der Deputatarbeiter aber mußte die Verhandlung mehrere Male unterbrochen werden, weil die Arbeitgeber absolut nichts bewilligen wollten. Nachdem dann die Gefahr des gänzlichen Abbruchs der Verhandlungen beseitigt war, wurden wiederum wie voriges Mal 20 Pfennig bewilligt. Die Lohnkommission lehnte dies einstimmig ab. Nach längerer Verhandlung wurden dann von den Arbeitgebern 30 Pfg. geboten, was wiederum seitens der Arbeitnehmer abgelehnt wurde. Seitens der Gauleitung wurde dann folgender Vermittlungsvorschlag gemacht und angenommen: „Die Arbeitgeber verpflichten sich schriftlich, daß Ende Mai erneute Verhandlungen stattfinden und die dann eventuell auf Grund der derzeitigen Wirtschaftslage notwendigen Erhöhungen ab 1. Juni Gültigkeit haben sollen.“ Da weitere Lohnverhöhungen nicht zu erreichen waren, ließ sich die Lohnkommission wegen des sofortigen Festlegens eines neuen Verhandlungstages bestimmen, das Angebot anzunehmen.

Die Lohnkommission war der Ueberzeugung, daß sie sich nicht von dem radikalen Gehälte der kommunikativen Gehauptel beeinflussen lassen dürfe, sie war sich auch vollständig darüber klar, daß sie heute eine Lohnverhöhung abschließen könne, ganz gleich in welcher Höhe; es hätte dann doch zwei Tage später in der Kommunistenzeitung gestanden: „Die Unternehmernächte des Deutschen Landarbeiterverbandes haben die Landarbeiter wiederum verschahert.“ Die Herren haben leicht reden, denn sie haben den Landarbeitern noch keine Minute Arbeitszeitverkürzung und sei-

nen Pfennig Lohn gebracht, sie brauchen es auch nicht. Sie müßten sich auch bestens bedanken, die Plätze der verantwortlichen Führer im Landarbeiterverband einzunehmen. Wenn die Kommunisten bis heute etwas erreicht haben, so nur das, daß sie in die Reihen der Landarbeiter Verwirrung und Zersplitterung hineingebracht haben. Wie es mit ihren Erfolgen unter der Landarbeiterschaft aussieht, das bekunden sie in ihrem Bericht über ihren Bezirksparteitag, wo es wörtlich heißt: „Die Folge, die wir unter der Landarbeiterschaft erhofft haben, sind nicht eingetreten.“

Kollegen! Laßt Euch durch das Geschrei der radikalen Elemente nicht irreführen. Die Kraft der Organisation liegt nicht in der Führerschaft, sondern in der einheitlich geschlossenen Masse, die hinter ihr steht. Darum halt Euch fester denn je zusammen und stärkt die Reihen der Organisation!

**Gewerkschaften.**

**Zum Kampf in der Zement-Industrie.**

Der schon vor Ostern in der Brause angekündigte Kampf in der Zement-Industrie ist nunmehr Tatsache geworden. Die Fabrikarbeiterverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen haben am 13. März die Forderungen der Arbeiterschaft den Arbeitgebern bezw. deren Verbänden unterbreitet. Die Forderungen bestehen in der Anerkennung des Reichsarbeitsvertrages Steine und Erden, Abschluß von Bezirkslohntarifen und Neuregelung der Arbeitslöhne.

Die Antwort der Arbeitgeber lautete allgemein ablehnend. Nur auf der seitigeren Grundlage wollten sie weiter verhandeln. Die Vertreter der Arbeiterschaft veranlaßten daher die Kündigung zum 18. April. Gleichzeitig wurden Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsministerium von dem Stand der Bewegung unterrichtet. Das Reichsarbeitsministerium beauftragte daraufhin zum 15. April Verhandlungen an. Das Resultat der Verhandlungen war kümmerlich. In einer engeren Kommission wurde dann vereinbart, die Verhandlungen bis zum 21. April zu vertagen. Bis zum Ablauf dieser Verhandlungen sollten Kampfmaßnahmen nicht vorgenommen werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben dem zugestimmt, um so alles zu tun, um das Wirtschaftsleben der Beschäftigten zu bewahren. Dessen ungeachtet wurde in einer Anzahl Betriebe der Versuch gemacht, die Bewegung zu zersplittern. In drei Betrieben wurden sogar Aussperrungen vorgenommen.

Die Verhandlungen am 21. April vor dem Reichsarbeitsministerium blieben abermals erfolglos. Die Arbeitgeber verharteten bei ihrer Ablehnung. Damit haben sie der Arbeiterschaft den Kampf erklärt, der am Montag, dem 24. April, auf der ganzen Front entbrannte. Ausgenommen sind nur einige Werke, wo noch tarifliche Verpflichtungen vorliegen.

Der Reichsarbeitsvertrag, dessen Anerkennung gefordert wird, regelt die Arbeitsbedingungen in äußerst bescheidener Weise. Er ist seit seinem Bestehen von der Rheinisch-Westfälischen, der Thüringischen und der Mitteldeutschen Zement-Industrie anerkannt. Nur die Norddeutsche und Süddeutsche Zement-Industrie lehnt ihn ab.

Der Abschluß von Bezirkslohntarifen wird von den Unternehmern ebenfalls mit der Begründung der „besonderen Verhältnisse“ abgelehnt. Auf die geforderten Tarifbestände entfallen etwa 30—40 Werte, für die wiederum zwei Lohnklassen vorgesehen sind. Die Gewinne dieser Werke sind reichlich. Die Dividenden, die doch keineswegs als Gradmesser des Gewinns gelten können, betragen im vorigen Jahre bis zu 35 Prozent. Materielle Schwierigkeiten stehen den beschiedenen Forderungen der Arbeiterschaft also nicht entgegen.

Der Widerstand der Zementherren resultiert aus anderen Gründen. Durch die Bundesratsverordnung vom Juni 1916 haben sie das Monopol der Zementherzeugung. Ferner verfügen sie über 3-fache Organisation. Dadurch fühlen sich die Herren stark. Sie verlangen, das Rad der Zeit rückwärts zu drehen. In Süddeutschland haben sie bereits damit begonnen, indem sie in einigen Werken, entgegen den Grundfragen der Arbeitsgemeinschaft die Gelben eingeführt haben. Diese Werke weigern sich, mit den Gewerkschaften zu verhandeln oder in ein Tarifverhältnis einzutreten. Mit dieser gelben Seuche gedenkt man zunächst Süddeutschland zu überziehen und dann soll Norddeutschland an die Reihe kommen. Die Gewerkschaften sollen ausgeschaltet und

**Zeitgehalt und Dichtung.**

Von J. Klische.

Die Dichtung ist ein sommerlicher Garten, in dem wir nach des Tages Arbeit und Mühen, Lasten und Sorgen uns in feierlichster Abendstunde zu ergehen pflegen. Was dem geistig primitiven Menschen alten Schlags die Bibel bedeutet, das sind dem modernen Zeitemenschen von heute Dichtung, Kunst und Wissenschaft. Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, so hat Weltmeister Goethe einmal gesagt, der hat auch Religion. Wer diese nicht besitzt, wer zu den genannten geistigen Faktoren kein rechtes Verhältnis gewinnen kann, der habe Religion. Zweifelloso liegt in diesen Worten alte abgeklärte Wahrheit.

In den Meisterwerken des Schrifttums suchen wir Erholung und Erbauung. In ihnen kommen die Gefühle des Herzens und die Note der Zeit zum Ausdruck. Nicht nur die Stimme eines Herzens: aus Goethes Greichenstragödie, aus seiner Werther-Selbstbiographie spricht ewige Menschheitsnot. Dantes „Göttliche Komödie“, Hauptmanns „Weber“ sind Spiegelungen von politischen und sozialen Zeitepochen. Denn nicht zuletzt in der schöngestigten Literatur spiegelt sich das Leben der Zeit wieder. Auch sie ist wie das Recht, die Sittlichkeit, die bildende Kunst nach einem bekannten Worte von Karl Marx Niederschlag der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die sozialen, politischen, philosophischen Ideen der Zeit bilden uns aus der Dichtung des jeweiligen Zeitabschnittes entgegen.

Dies wird nicht immer klar erkennbar sein. Besonders nicht in jedem Einzelwerk. Manches ist Spiel müßiger Stunden. Der Dichter schaut und gestaltet es zu eigener Freude und Kurzweil, und da er ein Meister des Wortes, der Form war, lebt seine Arbeit ein langes Leben. Die Jugend bewacht sich an ihm, der reifere Mensch aber findet später, daß hier nichts weiter als ein geniales Formtalent am Schaffen war. Ich erinnere nur an Schaffels „Trompeter von Säckingen“, an Julius Wolffs „Katterhänger“ und an andere frühere oder spätere einmalige Dichtung.

Und dennoch finde ich schon: auch die Bücherverkäufer, die süßlichen Geschwätzromantiker der Gerbelperiode hatten ihre Zeit! Auch ihre durchaus nicht unerschöpflichen Bücher sind Zeugen einer Epoche, nämlich der einer gesellschaftlich nicht gerade tiefstufenden, nicht herzklappenden Zeit. Einer Zeit des sozialen Phlegmas, der politischen Interessenlosigkeit, wettlicher Volkstreu. Viktor Scheffel hat das sehr wohl selbst empfunden. „Laßt man nicht wieder größer, höherer Dingen, dann werden andere bessere wieder singen.“ schrieb dieser 1858 in das Vorwort zur Neuauflage seiner obengenannten Dichtung.

Und der neue Sang kam. Er erklang aus dem Räderjurren der Maschinen, aus dem Jauchzen der Lokomotiven, aus dem Gurren und Dröhnen in den Werkhallen der neuzeitlichen Industrie. Er wuchs aus dem werdenden sozialen Stand, aus dem Großstadt-

rhythmus, aus dem Zusammenprall der Arbeit und Kapital. Biergerichte, und vor allem Arbeiterblätterlern nicht fremde Namen verkörperten die Dichtung einer raschlebenden, lebendigen Zeit: Arno Holz und Gerhart Hauptmann, Max Kreker und Clara Viebig. Der Sozialismus fand im schon geistigen Schrifttum Deutschlands seinen Niederschlag. Eine gewaltige politisch-soziale Zeitströmung war in der Dichtung aufgefungen worden.

So jene Epoche, die wir selbst noch miterlebt haben, in deren Brausen wir standen, oder deren letzte Gischspritzer uns noch berührten. Ganz klar scheint uns in der naturalistischen Periode der Zusammenhang zwischen Leben und Kunst. Vergleichen wir nur das Milieu der wallonischen und deutschen Grubenarbeiter mit den Widernissen eines Mounier, den Kadrierungen einer Käthe Kollwitz, mit Jolas vielseitig gewaltigem Werk, dem Bergarbeiterroman „Germinal“, beachten wir Hauptmanns Erntedrama „Der Sonnenaufgang“. Der Zeitgehalt strömt uns aus all diesen Werken entgegen.

Aber war es nicht auch in früheren Epochen so? Gestaltete nicht der unerschöpfliche Kosmopolit Wolfgang Goethe den Weltgeist seiner Tage? War nicht Friedrich Schillers gewaltige Dramenarbeit, trotzdem sie in mittelalterlichem Gewand erschien, vom damaligen revolutionären Zeitgeist durchglüht? Die Dichter und Denker der klassizistischen Periode schwebelten in ihren Schöpfungen keineswegs außerhalb von Raum und Zeit. Ihre Erkenntnis wuchs ihnen aus dem Leben der Gegenwart entgegen. Sturm und Drang ist doppeltem Sinne.

Und die Romantiker? Die Schlegel und Tieck, die Novalis und Eichendorff? Nun, der Geschichtsfreund weiß, daß eine andere Zeit gekommen war. Andere Ideale gemannenen Bürgerrecht. In Frankreich hatte das Bürgertum seine Crise in die Schenken gebracht, in Deutschland und Oesterreich begann die Reaktion zu triumphierten. Die Macht der Fürsten und der Kirche wurde neu gefestigt, und auch die Dichtung floß aus dem Bannkreis der Heiligkeit in jene entlegenen Bezirke mittelalterlichen Halbbarock. Man ward gänzlich unpolitisch, das Blaublümchen kiffte. Welch ein Unterschied zwischen dem hier und da ganz leise andeutenden Opponieren eines Wilhelm Hauff („Memoiren des Cafans“) und dem späteren „Danton“ des gleich jugendlichen Georg Büchner. Mit dem letzteren aber sind wir schon an der Schwelle des jungen Deutschland angelangt. Freie, unerschöpfliche Rede, glühender Protest auf der ganzen Linie. Dem Weitertrieb. Jeal ward die neue Zeitdichtung entgegengebeilt. Laube, Gutzkow, Wienbarg, Kühne, Heine: alle durch den Frankfurter Bundestagsbeschlus geächtet und des Landes verwiesen. Dann die Freiligraths, Herwegh, Hoffmann und in Oesterreich die Grün, Penau, Hartmann. Eine neue Zeit klopfte laut machend an die Tore. Dichter und Dichtung wurden politisch, ihr Schaffen quoll über von Zeitgehalt.

Und heute? Unser wühend Schmerzen wird eine neue politische und soziale Welt geboren. Die Umwertung aller Werte ist im Gange. Auch in der Dichtung. Neue Stoffe und neue Formen

sich unserm Blick. Friß von Ulrich, Anton Wildgans, Hans Joffe, Ernst Toller, Max Barthel, Bruno Schönland. Noch gärt die last- und kraftgeschwängerte Zeit. Mystik und Naturalismus blühen hundert durcheinander. Zum klaren Erkennen, scharfen Bewusstseins der Epoche fehlt die Distanz, die unerlässlich ist. Nicht das einzelne Kunstwerk ist maßgebend, die Generation, die ganze Zeitperiode wird dem späteren Betrachter der Dinge aus dem vereinten Schrifttum der Zeitzeit entgegenschauen, wird sich der Geist der Zeit von heute offenbaren.

Dabei ist nicht immer notwendig, daß der Dichter Gegenwartsstoff formt. Demaus oppositioneller Vormärzgeist lebte sich in mittelalterlichen Stoffen aus, von Schiller wollen wir gleiches und auch Hauptmanns „Weber“ lagert stofflich fast ein halbes Jahrhundert zurück, als der Dichter sie gestaltete. Aber er formte sie, weil die soziale Atmosphäre um die Wende der achtziger Jahre nach solcher Formung förmlich schrie. Geist von 1893 vermählte sich mit folkem von 1844.

**Der Zeitungs-Knigge.\***

Redakteure sind auch nur Menschen, die sich Irrtum vorbehalten müssen. Das vergiß nicht.

Zeitungen werden in denkbar kürzester Zeit mit der Uhr in der Hand hergestellt. Das sollte manche Frömmigkeit erklären und — entschuldigen.

Halte bei Redaktionsbesuchen den Redakteur nicht unnötig auf, denn seine Zeit ist kostbar, seine Höflichkeit aber uner-schöpflich.

Vergiß nicht, daß die Zeitung jedem etwas bringen soll und daß sie nicht nur deinen besonderen Wünschen und Interessen dienen kann.

Bist du mit deiner Zeitung zufrieden, so sage es anderen, bist du unzufrieden, so sage es der Redaktion.

Bist du durch ein Inserat zu einem Einkauf veranlaßt worden, so sage dem betreffenden Geschäftsmann, in welcher Zeitung du das Inserat gelesen hast.

Unterstütze den Inseratenteil deiner Zeitung. Nicht für deine Zeitung, denn du stärkst damit das Zeitungsniernehen und hast selbst die Vorteile der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Blattes.

Laß deine Zeitung, wenn du sie nicht mehr benötigst, gelegentlich in der Eisenbahn, Straßenbahn, überhaupt dort, wo sie Leser finden kann, liegen, damit sie vielleicht neue Anhänger und Abonnenten des Blattes finden.

Unterstütze keine Zeitung, wo du nur kannst, denn von den Abonnementsbeiträgen allein kann sie nicht existieren.

\* Aus der Zeitschrift „Dürer u. Weber“ in Leipzig. Wie entsteht eine Zeitung? Tagesblätter eines Redakteurs von Dr. G. Simon.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter soll beseitigt werden. Damit ist auch das Koalitionsrecht gefährdet. Den organisierten Arbeitern wird in den gelobten Werken schon heute die Existenz außerordentlich schwer gemacht, ihr Mitbestimmungsrecht ist dort schon beseitigt. Für die Zement-Arbeiterschaft steht also alles auf dem Spiele. Die Mäzene der Zementherren lassen sich natürlich am besten durchführen, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse drückend geregelt werden. Daher der Widerstand gegen die Festsetzungslöhntarife und den Reichsarbeitsvertrag.

Eine Neuregelung der Arbeitslöhne ist unbedingt erforderlich. Die Lohnunterschiede waren für die gleiche Arbeit seither ungeheuer groß. So hatten wir Ende Februar im Bereich des Süddeutschen Zement-Syndikats Spitzenlöhne, die zwischen 13,90 Mark und 3,85 Mk. pro Stunde schwankten. Der Unterschied betrug also für die gleiche Arbeit 10,05 Mk. oder 261 Prozent. Die Zementpreise aber waren gleichmäßig hoch. Der gegenwärtige Kampf dreht sich nicht allein um den Reichsarbeitsvertrag, Bezirkslohntarif und Lohnherabsetzung, sondern vor allem um den Fortschritt zu sichern und um die der Arbeiterschaft zugehörige Rechtslosigkeit abzuwehren.

### Die Gewerkschaftsinternationale.

Rom, 27. April.

Der heutige Tag brachte eine einmütige Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftskongresses gegen die überall wachsende Reaktion. Mertens-Belgien führte in einem kurzen einbruchsreichen Referat u. a. aus: Die Reaktion, wofür sie auch kommt, in welcher Art sie sich auch zeigt, kann nur überwunden werden durch die Einheit der proletarischen Aktion und durch größte Wachsamkeit und Bereitschaft der Internationalen Arbeiterschaft. Während des Krieges hat man uns alle nur erdenklichen Rechte versprochen. Von den Regierungen sind diese Versprechungen nicht gehalten worden. Das Unternehmertum sitzt heute wieder auf hohem Ross. Aus allen Ländern kommen die Klagen über den Produktionsrückgang. Das ist die Folge einer gewissen reaktionären Absicht der Internationalen Kapitalisten. Ihr Sturmlauf gegen die öffentliche Arbeitlosenunterstützung z. B. geht von der Berechnung aus, daß die Arbeitslosen, die keine Hilfe erhalten, durch Hunger zu willigen Werkzeugen des Profits gemacht werden. Um eine Herabsetzung der Löhne zu erreichen, provozieren die Unternehmer Streiks und Ausperrung. Die Bourgeoisie der Entente-Staaten verlangt, daß jedes Wort des Verfallens eingestrichen wird, aber sie ist sich einig in der Forderung, die Artikel zu revidieren, die die Lebensrechte der Arbeiter schützen. Zur Stärkung unseres Widerstandes gegen die reaktionären Absichten müssen wir erreichen, daß sich die amerikanischen und russischen Arbeiter wieder der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale anschließen.

Dumoulin-Frankreich: Die Rede des Genossen Mertens war uns zu vorzüglich. Das Ziel der Weltreaktion ist die Aufriechtung einer Diktatur der Regierungen und der Kapitalisten über die Arbeiterschaft. Von dem nationalistischen Geist unserer Regierung rücken wir weit ab und hoffen, daß die Arbeiter anderer Länder ihren Regierungen in solchem Bestreben keine Unterstützung gewähren.

Smillie-England verlangt eine positivere und schärfere Formulierung der Resolution Mertens. Der Kampf gegen die Reaktion kann nicht allein durch die Gewerkschaften geführt werden. Wir müssen Hand in Hand mit den politischen sozialistischen Parteien gehen.

Klein-Tschschlowa weist auf den vorbereiteten internationalen Angriff auf den Achtstundentag hin und verlangt Richtlinien für den Kampf gegen dieses Unterfangen und für einheitliche Durchführung unserer sozialpolitischen Forderungen.

Kotelnik-Ungarn weist darauf hin, daß nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ungarn, an dem sich die Arbeiterschaft gründlich den Magen verbraten hat, der ungarische Kapitalismus stärker als je geworden ist.

Galli-Italien führt aus, daß die italienische Reaktion auf dem Wege ist, sich zum weißen Schrecken zu entwickeln. Täglich werden Gewerkschaftsbureaus zerstört und Arbeiter ermordet.

Danoff-Bulgarien sagt, daß die herrschende Macht in Bulgarien mit der ungarischen und spanischen Reaktion weiterführe. Ein Schutz der Arbeit existiert nicht, die Staatsanwaltschaften dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren. Die Quertreibereien der Bolschewisten weiß die Regierung sehr zu schätzen.

Nach einer Warnung Mertens-Belgien, die Forderungen der Resolution nicht zu hart zu fassen, wird eine Kommission zu ihrer endgültigen Redaktion eingesetzt.

Gegen den Protest von Bouderon-Frankreich erklärt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, das Wort. Er sagt, das Internationale Arbeitsamt sei eine Einrichtung für die Arbeiterschaft und werde immer das leisten können, was die internationale Arbeiterschaft vermag, keine Kraft und keine Mittelmacht entfesseln der Kraft der Gewerkschaften. Das Amt sei eine Ergänzung der Arbeiterschaft und wäre sofort gestrichelt, wenn die Gewerkschaften ihre Mitarbeit aufkündigen wollten. Die Unternehmer und Banken haben arke willensschwache kapitalistische Bureaus eingerichtet und haben bei Verhandlungen der Arbeiterschaft mit abnehmendem Material eröffnet da. Durch das Internationale Arbeitsamt soll den Gewerkschaften ein gleichwertiges Material gegeben werden. Das Amt bietet die internationalen Gewerkschaften im Interesse der Sicherung der sozialen Gerechtigkeit der Arbeiterschaft um reue Mithilfe und Unterstützung. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Dann folgte ein, mit vielem Material über die Grenzen eines künftigen Krieges, ausgearbeitetes Referat Kimmens über die Abklärung und die Verhinderung künftiger Kriege: Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg steht im Programm der Gewerkschaftsinternationale an erster Stelle. Die größten Hindernisse bereiten uns in dieser Arbeit die Elemente, die sich nach dem Kriege in Bolschewismus nicht überhieten konnten und dann fast zum großen Teil in den extremen Nationalisten abtafelten sind. Mit können Worten hat man während des Krieges den Arbeiter der verschiedenen Länder auseinander geholt. Man hat ihnen gesagt, daß man für die Demokratie, für das Recht und gegen den Militarismus kämpfen wolle. Es waren alles Phrasen. Heute ist der Militarismus stärker als früher, und alle Opfer der Menschheit sind umsonst gebracht. Ueberall häuft man eifrig Material, das die Gefahr eines neuen Weltkrieges erhöht. Diese neue Gefahr würde viel schrecklicher werden als die vergangene.

Die Kriege werden nicht durch Versammlungen der Diplomaten verhindert. Es gibt nur eine Kraft dagegen, die Macht der Amsterdamer Internationale. Die politische Internationale ist gespalten, und die rote Gewerkschaftsinternationale ist nur ein Werkzeug der bolschewistischen Regierung. (Lebh. Beifall.)

### Aus aller Welt.

Wieder ein Ueberfall auf der Bahnstrecke Halle-Bettstedt. Erst kürzlich ist bekanntlich auf der Kleinbahn, die den Verkehr zwischen Halle und Bettstedt vermittelt, im Zuge ein schweres Verbrechen verübt worden, dem drei Reisenden zum Opfer fielen, und jetzt ist dort schon wieder ein Ueberfall auf einen Reisenden verübt worden. In der Nähe des Bahnhofes Döhlauer Seide wurde im Zuge der Bahn des Eisenbahnkontrollieurs Bernhardt von sechs Personen überfallen und schwer mißhandelt. In der Notwehr schoß Bernhardt, auf dem Boden liegend, mit seinem Revolver einen der Angreifer nieder.

Hundert Stunden Schneefall. Der Schwarzwald völlig eingeschneit. Seit den Osterferien fällt in den höheren Lagen des gesamten Schwarzwaldes ununterbrochen Schnee. Im Gebiete des 1500 Meter hohen Feldberges dauert der Schneefall schon über hundert Stunden hindurch an, und die durchschnittliche Schneehöhe auf den Berggipfeln ist stellenweise bis einhalb Meter gestiegen. An den Ost- und Nordhängen lagern noch zwei bis drei Meter hohe, stellenweise sogar bis zu fünf Meter hohe Schneemassen. Derartige Schneemassen hat man in dieser Jahreszeit im Schwarzwald noch nicht gesehen.

In der Gewalt von Räubern. Ein ungewöhnlicher Raubüberfall wurde in Bonn verübt. Der aus Erpel gebürtige Dr. Roth wurde auf der Remagener Brückenstraße von drei Männern überfallen, die ihn seiner Parkjacke beraubten und ihn dann aufforderten, ins Wasser zu springen. Als Dr. Roth sich weigerte, versuchten ihn die Räuber mit Gewalt hinhinzustößen. In seiner Todesangst klammerte sich der Ueberfallene an dem Gitter fest. Jetzt jagte die Männer ihre Messer und brachten dem Ueberfallenen Schnitte an den Fingern bei, so daß er loslassen mußte. Im Sturz erlitt er glücklicherweise eine Eisenstange, wodurch es ihm möglich wurde, ein unter der Brücke hängendes Gerüst zu ergreifen. Auch dorthin folgte ihm einer der Männer, schlug ihm das Kniegelenk entzwei und richtete ihn furchtbar zu. Jetzt verschwand die Räuber, während sich Dr. Roth stark blutend in sein Hotel schleppte.

Gefährliche Feuersbrunst in Malaga. Eine mächtige Feuersbrunst ist in Malaga im Zollgebäude ausgebrochen, in dem sich auch Wohnungen, die Zivilverwaltung, das Schatzamt und das Finanzamt befinden. Das Feuer brach in den oberen Stockwerken aus, in denen Unterbeamte wohnen. Der Brand griff rasch auf die Treppen über, also auf den einzigen Weg, den die Familien zur Flucht hätten nehmen können. — Eine Meldung besagt: Bei dem Brande des Zollgebäudes sind bisher 17 Tote festgestellt worden.

### Öffentliche Verpachtung.

Der Wirtschaftsbetrieb in der Seebadeanstalt an der Strandpromenade soll auf 5 Jahre verpachtet werden. Die Bedingungen sind von unserer Geschäftsstelle in Travemünde gegen Einzahlung eines Betrages von 5 Mk. zu beziehen. Ferner sind zwei zu Laden geeignete Räume in der Seebadeanstalt, zwei Verkaufsläden und ein offener, zu Ausstellungen geeigneter Raum im städtischen Kurpark auf 3 Jahre zu vermieten. Nähere Auskunft erteilt unsere Geschäftsstelle in Travemünde.

Angebote sind bis zum 5. Mai 1922 verfallen und mit entsprechender Aufschrift versehen an unsere Geschäftsstelle in Travemünde einzureichen.

Lübeck, den 25. April 1922. (1271)  
Die Behörde für Travemünde.

### Nachruf.

Am 25. April verstarb nach schwerer Krankheit der Fernmacher

### August Pelz.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

### Schafelg & Nöldk

Stengischerei und Maschinenfabrik (1285) und der Betriebsrat der Firma.

### Schöne 2-Zimm.-Wohn. in Schlutup

gegen 2-3 Zimmer-Wohn. in Lübeck zu tauschen gesucht. Angebote u. A 120 a. d. Gp. (1281)

### Durch einen sanften Tod wurde unsere liebe Mutter

### Ch. Utermark

geb. Freitag (1278) im Beileid bitten Ass. Utermark. Ad. Utermark. Lübeck, 26. 4. 22

### Die Verlobung des verstorbenen Paul Hoff

Abend am Dienstag d. 2. Mai nachm. 4 Uhr, nicht 2 Uhr, auf dem Bonnhof Friedhof. (1295)

### Sehrüinge,

frühtige Jungen, welche das haben, das Gleitrohrschwert zu erlernen, bitte ein per sofort übergeben. (1276)

### Lübecker Telefongesellschaft

Poststraße 32

### Zu verk. Früh-Paletot, Gehrock, Gr. 175, Apfelmantel, Hell-Dur, Florhut, Gr. 58, Schabe, Gr. 4, Emaille, Porzell., Weiss-Kocher, Petr.-Strohblase für Küche, Holztaffel, Silber, Kartoffeln, Goldschalen, 2 Schüsseln, Leder, 3 Decken, 1 Rollbohrer, etc., Hausboot, Korb, 4 Vorhängeschlösser. (1290) Abends nach 5 1/2 Uhr. Gartenstraße 15/10, II.

### Sonnabend: Frische Saffirharbonade, Steinbut, Dorich, Goldbrot, Backs.

### Johs. Boy.

Markthallenstr. 46/47 (1291) Fernruf 8375.

### Frühe u. späte Sorten Saattar'offeln

empfehlen als Lager Spethmann & Fischer

Beckergrube 59. (1309) Telefon 102.

### Mit sicherem Erfolg

behandelt Krankheiten aller Art, auch Frauenleiden. Homöopathisches Heil-Institut. Lindenstraße 47. 9-12, 3-6.

### Gelegenheitskauf

von Taschenuhren in Gold, Silber und Nickel. (Schweizerwerke unter Garantie. (1294) Reparaturwerkstatt.

### Matern, Uhrmacher,

Beckergrube 26.

### Billiger Käse

la. fetter Harzer 2 Mk. 18.—  
pikantester Stangenkäse 2 Mk. 20.—  
Sümburger Feinkäse 2 Mk. 22.— u. 36.—  
pikantester Zylinderkäse 2 Mk. 26.—  
la. Zylinder Käse 2 Mk. 34.— u. 36.—  
la. Zylinder Rollkäse 2 Mk. 40.—  
la. Romer-Käse 2 Mk. 34.—  
Camembert Stück Mk. 7.—  
Zylinderkäse Stück Mk. 5.—

### Lübecker Käsegrößen.

Wilhelm F. G. Grube Langer Lohberg 35.

### Kommentar zum Reichsheimstätten-Gesetz

vom 10. Mai 1920. Von Dr. Beyer, Regierungsrat in Lübeck. 6 Mk. Buchhandlung.

### Friedrich Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

### Stepdecken

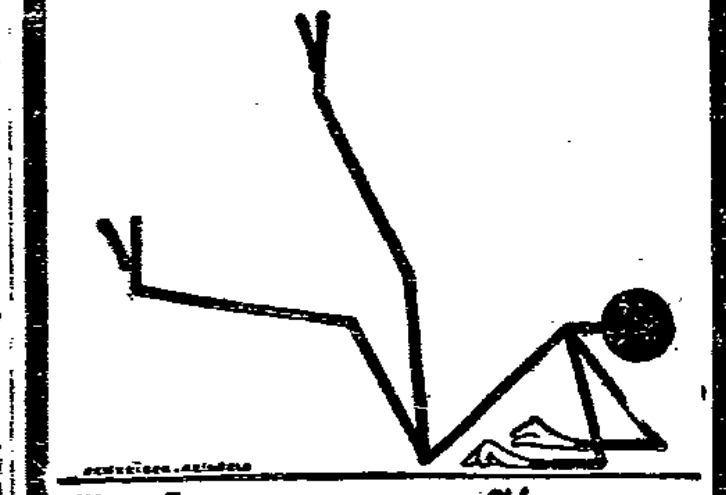
Antarktis, Anarktis, etc. u. Bezugsstellen. Spethmann, Marktstr. 3 (1297)

### Gartenbau-Verein.

Wie richte ich mit meinen Garten nutzbringend ein?  
Wann, wie, was säe und pflanze ich?  
Vortrag Obergärtner Sperling.

Dienstag, den 2. Mai, 8 Uhr abends, Aula des Johanneums.

Eintritt frei. (1269)



### So kann man stürzen

menn man seine Gummisohlen und Absätze nicht in der

### Reform-

Schuhwaren-Reparatur u. Gliepperei

(mit elektrischem Betrieb)

50 Hügfstraße 50

Robert Jentzen

machen läßt.

### Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Durch günstigen Einkauf empfehle:

Diaf. Ochsenfleisch 26.—, Frisch Kalbfleisch 18.—  
Bratenstücke 20.—, Bratenstücke 20.—  
Beeffleisch, Rindfleisch 34.—, Schweinefl. 36.—  
Frisches Gulasch 28.—, Rind u. Mac. 40.—  
Frisches Schafteils 26.—

Zum Einnehmen für die Gemütsgeit empfehle:

einen Posten prima geräuch. mageren und fetten Speck per Pfd. nur 42.— u. 40.— Mk. (1292)

### Müllers billige Fleischquelle

Hänstraße 83-85.

Frisches Rindfl. 28.—, Frisch. Schweinefl. 34.—  
Schafteils 24.—, Schweinebraten 36.—  
Schweinebraten 30.—, Karbonade 40.—  
Gulasch, Rindfl. 28.—, Kalbfleisch 20.—  
Rindfleisch (1291) 20.—, Kalbsbraten 24.—  
Reine Schweine, Rinder, Rätter. Tel. 8544.

### Ankerlin

Bester Schuhputz



### Mai-Festzeitung 1922

ist erschienen!

Preis Mark 1.20.

Zu beziehen durch unsere Zeitungsträgerinnen und in der

### Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

### Günstiges Angebot!

(1311)

### Herren-

### Ober-

### Hemden

in erstklassiger Ausführung, Selbsterstellung sowie beste Bielefelder u. Berliner Fabrikate

225.- 245.- 275.- Mk.

Einsatz-Hemden Herren-Hüte

115.-, 120.-, 125.- 69.- 75.- 115.-

### Dargel-Blie

Inh. B. Dargel, Holstenstr. 16.